

windenergie

Interessengemeinschaft Windkraft Österreich



Warum wir ein neues Ökostromgesetz brauchen

Geänderte Marktbedingungen erfordern eine Anpassung der Rahmenbedingungen

Alle wesentlichen Einflussfaktoren

Bei einer großen Reform sind viele Querverbindungen zu berücksichtigen

Alle günstigen Auswirkungen

Wie Österreich von einem funktionierenden Gesetz profitieren kann

ALLES, WAS
SIE ÜBER DAS
ÖKOSTROM-
GESETZ
WISSEN MÜSSEN

Editorial



Auf dem EU-Energiemarkt ist in den letzten Jahren kein Stein auf dem anderen geblieben. Fragen tauchen auf: Werden die alten Atomkraftwerke noch durchhalten? Wie werden sich Öl- und Gaspreis entwickeln? Werden Kohlekraftwerke für ihre CO₂-Emission weiterhin nur einen Billigtarif zahlen?

Einer der unschlagbaren Vorteile erneuerbarer Energien wie der Windkraft ist, dass wir schon heute genau wissen, was der erzeugte Strom in 10 oder 15 Jahren kosten wird. Diese Kalkulation wird durch die massiv sinkende Ökostromförder noch weiter begünstigt.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien bringt heimische Wertschöpfung und Arbeitsplätze und bietet langfristige Versorgungssicherheit. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten wie jetzt bräuchte dieser Ausbau einen massiven Wirtschaftsimpuls mit dringend erforderlichen Zukunftsinvestitionen.

Was macht jeder vernünftige Mensch, wenn er sich auf unsichere Zeiten einstellen muss? Er setzt auf verlässliche Strukturen. Auf die Windkraft ist Verlass. Daher muss eine Politik, die zukunftsorientiert ist, ambitioniert auf die Windkraft setzen.

Seit fünf Jahren hat das Ökostromgesetz 2012 keine Veränderung erfahren. Dieses Sonderheft will die aktuelle Situation des österreichischen Ökostroms und die schwierige Lage der Windkraft beleuchten, aber auch aufzeigen, wie an die Erfolgsgeschichte des bisherigen Ökostromausbau angeschlossen werden kann.

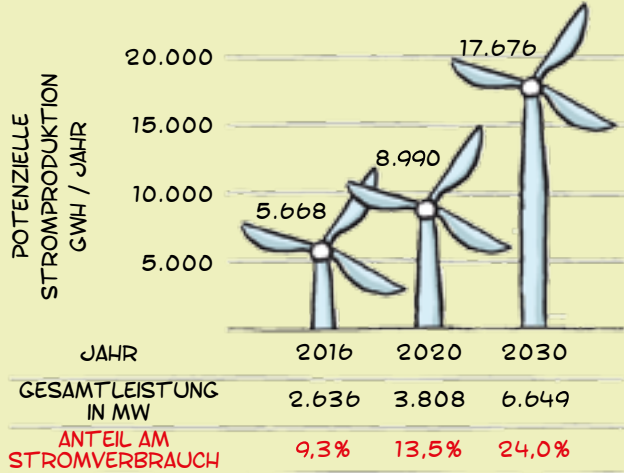
Stefan Moidl
Geschäftsführer der IG Windkraft

FAKTEN ZUR ENERGIEWENDE

ZIELE DES PARISER KLIMASCHUTZABKOMMENS BIS 2050

- GLOBALE ERWÄRMUNG UNTER 2 °C RESP. 1,5 °C HALTEN
- CO₂-EMISSIONEN WELTWEIT AUF NULL ZURÜCKFAHREN
- VERBRENNUNG FOSSILER ENERGIETRÄGER KOMPLETT EINSTELLEN
- ENERGIEVERSORGUNG AUF ERNEUERBARE ENERGIEN UMSTELLEN

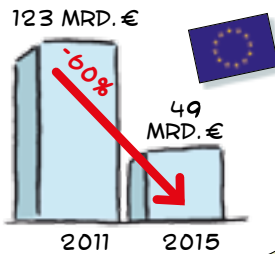
MÖGLICHER WINDKRAFTAUSBAU IN ÖSTERREICH BIS 2030



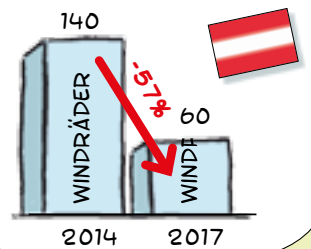
SCHON JETZT IST WINDKRAFT DIE BILLIGSTE STROMERZEUGUNGSTECHNOLOGIE IM KRAFTWERKSNEUBAU.

QUELLE: BLOOMBERG NEW ENERGY & FINANCE

EU-INVESTITIONEN IN ERNEUERBARE ENERGIEN



ANZAHL NEUER WINDRÄDER IN ÖSTERREICH MEHR ALS HALBIERT



WINDKRAFT-INVESTITIONEN

MILLIARDEN-INVESTITIONEN KÖNNEN IN ÖSTERREICH DERZEIT NICHT UMGESETZT WERDEN



WINDSTROMPRODUKTION



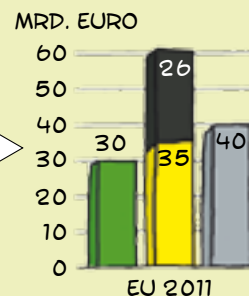
1 WINDRAD = STROM FÜR 2.000 HAUSHALTE

WINDSTROMKOSTEN PRO HAUSHALT UND MONAT



3 EURO = 1 SEIDEL BIER

EU-SUBVENTIONEN IN DER EU ERHALTEN KOHLE-, GAS- UND ATOMKRAFTWERKE ZWEI BIS DREI MAL SO HOHE SUBVENTIONEN WIE ALLE ERNEUERBAREN ENERGIEN ZUSAMMEN.



ERNEUERBARE ENERGIEN
ATOMENERGIE
FOSSILE ENERGIE
ÖFFENTLICHE GESUNDHEITS-KOSTEN INFOLGE DER KOHLESTROM-ERZEUGUNG



Total verzerrter Strommarkt

Warum wir langfristig ein neues Ökostromgesetz brauchen.

Das bestehende, 2012 in Kraft getretene Ökostromgesetz (ÖSG) ist das beste Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energie, das es in Österreich bisher gegeben hat. Die EU-Kommission hat dieses Gesetz bis 2022 genehmigt. Aufgrund des damit geschaffenen rechtlichen Rahmens wurden im Zeitraum 2012 bis 2015 im Jahresdurchschnitt 550 Millionen Euro in den Ausbau der österreichischen Windkraft investiert. Kein anderer Industriezweig außer der chemischen Industrie konnte ein solches Investitionsniveau auch nur annähernd erreichen. Durch die radikalen Veränderungen am Strommarkt ist aber nun schon seit mehreren Jahren absehbar, dass auch das ÖSG geändert und an die neuen Gegebenheiten angepasst werden muss.

Wir sind heute in Europa mit einem komplett verzerrten Strommarkt konfrontiert. Das hat verschiedene Ur-

sachen. Heikles Thema: Subventionen. Kohle- und Atomkraftwerke bekommen in Europa mit 61 Milliarden Euro jährlich mehr als doppelt so hohe Subventionen wie alle erneuerbaren Energien mit 30 Milliarden Euro in Summe. Dabei sind Gesundheits-, Versicherungs- und Folgekosten noch gar nicht mit eingerechnet. Allein die Kohleverstromung verursacht jedes Jahr zusätzlich rund 40 Milliarden Euro Gesundheitsfolgekosten.

Verzerrende Subventionen

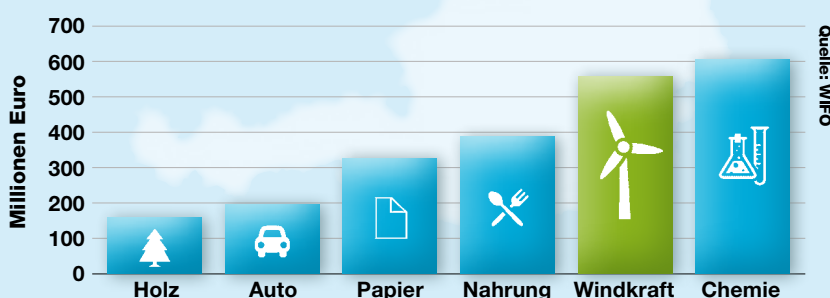
Auch in Österreich wird die Kohleverstromung bevorzugt und indirekt subventioniert. Jede Privatperson muss bei der Verwendung von Kohle eine Kohleabgabe zahlen. Betreiber von Kohlekraftwerken sind von dieser Abgabe befreit. Dadurch haben sie sich seit 2003 rund 1,1 Milliarden Euro erspart, Geld das dem Staatshaushalt verlorengeht. Im Gegensatz zur Ökostromabga-

be werden Sie diese Subventionen auf Ihrer Stromrechnung aber nicht finden.

Gefährliches Thema: Atomkraft. Zurzeit unternimmt die Atomindustrie-Lobby in Europa verzweifelte Versuche, nicht vollends aus der Stromproduktion verdrängt zu werden. Und während weiterhin über die Kosten der Ökostromförderung diskutiert wird, garantiert die britische Regierung dem Betreiber des AKW Hinkley Point C einen exorbitant hohen, indexgesicherten Einspeisetarif von rund 12 Cent/kWh auf 35 Jahre. Auf diese Laufzeit gerechnet würde das in Summe Kosten von rund 170 Milliarden Euro ergeben. Wie der britische Rechnungshof kritisch angemerkt hat, könnte mit diesem Geld die gesamte Windkraftleistung in Europa verdoppelt werden. Kosten, die noch für Haftungsübernahmen, Stromleitungsbau und Kreditvergaben dazukommen, sind da noch gar nicht mitgerechnet.

Die EU-Kommission, die die Kosten für Strom aus erneuerbaren Energien senken will, hat diese Atom-Subvention bereitwillig abgesegnet. Österreich hat gegen diese marktverzerrende Entscheidung beim Europäischen Gerichtshof geklagt. Staaten wie Ungarn

Jährliche Investitionen österreichischer Industriebranchen



Im Jahresdurchschnitt 2012 bis 2015 hat die Windkraft in Österreich mit rund 550 Millionen Euro die zweithöchsten Investitionen aller Industriebranchen getätigt.

oder Tschechien wollen Großbritannien juristisch unterstützen. Beide Staaten haben großes Interesse, dass diese Monstersubvention aufrecht bleibt, denn sie könnte als Blaupause für weitere neue Atomkraftwerke in Europa erhalten, die ohne diese staatlichen Subventionen nicht kostendeckend gebaut und betrieben werden können.

Emissionen ohne Kosten

Schmutziges Thema: Kosten für CO₂-Emissionen. Im Jahr 2005 führte die EU-Kommission den Emissionsrechtehandel mit CO₂-Zertifikaten ein. Deklariertes Ziel war, die externen klimaschädlichen Verschmutzungskosten der Stromerzeugung in die betriebswirtschaftliche Kostenrechnung einzupreisen und dadurch Kraftwerke mit hohem CO₂-Ausstoß – also vor allem Kohlekraftwerke – aus dem System zu bekommen. Eine Reihe von Fehlentwicklungen hat aber rasch zu einem Scheitern des CO₂-Handels geführt.

Unmengen an Zertifikaten wurden gratis vergeben. Aber gerade Unternehmen mit hohem CO₂-Ausstoß haben den fiktiven Kaufpreis – ohne tatsächliche Kosten – eingepreist und damit hohe Windfall-Profits, also Gewinne ohne Leistung gemacht. Mit dem „gewonnenen“ Geld haben sie neue Kohlekraftwerke gebaut, die unsinnigen Gratiszertifikate haben also ungewollt die Anzahl der Kohlekraftwerke erhöht statt reduziert. Zusätzlich wurden dann auch noch Elemente des CO₂-Handelsystems des Kyoto-Protokolls wie die Joint Implementation und der Clean Development Mechanism in den europäischen CO₂-Handel integriert. Durch diese Freikauf-Projekte stieg die Anzahl der Zertifikate noch zusätzlich.

Als 2008 die Finanzkrise detoniert und die Wirtschaft einbrach, waren in kurzer Zeit doppelt so viele Zertifikate am Markt, wie tatsächlich gebraucht

wurden. Dieses Überangebot führte zum endgültigen Zusammenbruch des Emissionshandels. Statt wie geplant 30 Euro kostet eine Tonne CO₂ heute gerade einmal fünf Euro. Die Verschmutzung der Atmosphäre durch CO₂-Emissionen kostet somit fast gar nichts mehr, und selbst Kohlekraftwerke, die schon stillgelegt waren, nahmen unter diesen Bedingungen wieder die Produktion auf.

Bis heute hat die EU-Kommission es nicht geschafft, das System zu reparieren. Mit dem Effekt, dass europäische Kohlekraftwerke auf Hochtouren laufen und die Betreiber satte Gewinne machen, weil sie für ihren CO₂-Ausstoß nicht zur Kasse gebeten werden. Ein europaweites Überangebot an Strom, das den Strommarktpreis extrem in den Keller gefahren hat, ist die fatale Folge. 2011 exportierte Deutschland noch rund 6 TWh Strom, wegen der Überproduktion an Kohlestrom waren es 2015 dann schon 50 TWh – das bewegt sich fast schon in Größenordnungen, wie der gesamte österreichische Stromverbrauch (rund 70 TWh) ausmacht. Wegen des unrealistisch niedrigen Preises am Strommarkt können andere, real kalkulierende Kraftwerke derzeit oft nicht kostendeckend Strom erzeugen.

Strom, den niemand braucht

Heißes Thema: konventionelle Überproduktion. Immer wieder hört oder liest man in den Mainstream-Medien von Windstrom, der zu viel sein soll, oder von Sonnenstrom, der angeblich die Netze verstopfen soll. Die Wirklichkeit jedoch sieht anders aus: Unflexible Kohle- und Atomkraftwerke produzieren Unmengen an schmutzigem und gefährlichem Strom, den niemand braucht. Kohle- und Atomkraftwerke können so gut wie gar nicht auf den tatsächlichen momentanen Bedarf reagieren. Sie laufen Tag und Nacht, ob der Strom gebraucht wird oder nicht.

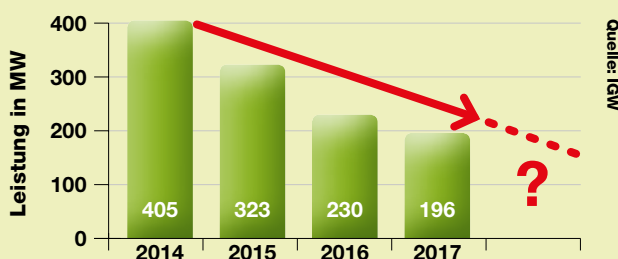
Drei Viertel der Stromproduktion in Europa kommen nach wie vor aus konventionellen Kraftwerken. Wie kann dann der Strom der erneuerbaren Energien zu viel sein? Ja es ist sogar so: Wenn Wind weht und damit Strom erzeugt wird, werden etwa in Deutschland Windkraftwerke abgestellt und nicht Kohlekraftwerke. Landläufig hört man dann, dass auf Grund von Netzengpässen Windräder abgeschaltet werden müssen. Tatsächlich werden sie aber abgeschaltet, weil die schwerfälligen Braunkohle- und Atomkraftwerke nicht kurzfristig zu regeln sind. Wohlgemerkt: Das passiert, obwohl eine EU-Vorschrift festlegt, dass erneuerbare Energien vorrangig eingespeist werden müssen.

Klimaschutzabkommen

Im Klimaschutzabkommen von Paris hat die weltweite Staatengemeinschaft sich geeinigt, den durch den Klimawandel bedingten Temperaturanstieg auf weit unter 2° C (wenn möglich unter 1,5° C) zu begrenzen. Österreich hat diesem Abkommen zugestimmt und verkündet, bis 2030 die Stromerzeugung zu 100% auf erneuerbare Energien umzustellen. Konkrete Maßnahmen, die die Erreichung dieses Zieles wahrscheinlich machen, bleibt die Bundesregierung bis jetzt schuldig.

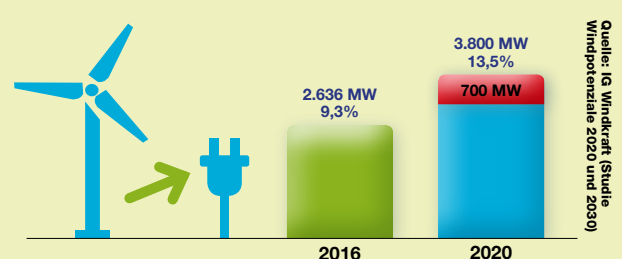
Eine umfassende Reform des ÖSG ist dringend notwendig, um den geänderten Anforderungen Rechnung zu tragen und einen ambitionierten Neustart der österreichischen Klima- und Energiepolitik hinzulegen. Um die Ziele von Paris schaffen zu können, zu denen sich Österreich vertraglich verpflichtet hat, muss neben der Erhöhung der Energieeffizienz vor allem der Ausbau der erneuerbaren Energien wesentlich beschleunigt und sichergestellt werden. Und dafür braucht es eine zeitgemäße, realitätsnahe und willensstarke rechtliche Grundlage. ●

Windkraftausbau in Österreich



Ohne vernünftige politische Rahmenbedingungen ist die Zukunft der Windenergie derzeit nicht absehbar.

Mögliches Potenzial an Windstrom 2020



3.800 MW bis 2020 können nur dann erreicht werden, wenn die Warteschlange mit 700 MW abgebaut wird.

Die Geschichte des Ökostromgesetzes

Eine turbulente Hochschaubahn politischer Entscheidungen.

Anfang der 90er Jahre begann in Österreich die Diskussion über die Einführung von höheren Abnahmepreisen für Strom aus erneuerbaren Energien. In einer ersten Förderregelung wurde 1994 für Ökostrom der marktübliche Tarif in den ersten drei Betriebsjahren verdoppelt. Mitte der 90er Jahre gingen die ersten größeren Windräder in Betrieb, darunter in Michelbach das erste „Bürgerwindrad“, das von über hundert Personen gemeinsam finanziert wurde.

1998 wurde mit dem Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz (EIWOG) ein neues österreichisches Stromgesetz beschlossen. Für erneuerbare Energien normierte es eine Abnahmepflicht zu fixen Einspeisetarifen. 2000 trat das Energieliberalisierungsgesetz in Kraft, das auch das EIWOG novellierte; Ziel war die Voll liberalisierung des Elektrizitätsmarktes. Für Ökostromanlagen wurde das System der Einspeisetarife beibehalten und die Abnahme des erzeugten Stroms durch den Netzbetreiber garantiert.

Erste Ausbauphase

Das wegweisende Jahr war dann schließlich 2002. Überlegungen, die anvisierten Ökostromziele mit einer bundesweiten Regelung billiger zu erreichen, mündeten in einem neuen, bundesweiten Ökostromgesetz (ÖSG), das mit 1. Jänner 2003 vollständig in Kraft trat. Ebenfalls mit Anfang 2003 wurde eine Ökostromverordnung geltendes Recht, die den Betreibern Mindesttarife auf 13 Jahre sicherte.

Auf Basis der erstmals absehbaren Rechtssicherheit kam es zu einem ersten Ausbauboom der Windkraft. 2003

wurden 276 MW errichtet, die Gesamtleistung verdreifachte sich innerhalb eines Jahres auf 415 MW. Von 2003 bis 2006 gab es eine rege Bautätigkeit, in Summe wurden 830 MW Windkraftleistung neu ans Netz gebracht.

Tiefpunkt und Neustart

Doch der Einbruch folgte postwendend. Unter dem Regime der Regierung Schüssel II mit dem Industriellen Martin Bartenstein als Wirtschaftsminister legte dieser 2006 eine Novelle des ÖSG vor, die massive Beschränkungen für die Windkraft enthielt. Eine restriktive Kontingentierung der Fördermittel für Neuanlagen in Kombination mit äußerst niedrigen Einspeisetarifen brachte den Windkraftausbau in den Jahren 2007 bis 2009 völlig zum Erliegen. Erst nach einem Regierungswechsel kehrte die Vernunft wieder in die Energiepolitik zurück, was in der ÖSG-Novelle 2009 merkbar wurde. Mit einem höheren Einspeisetarif kam der Windkraftausbau langsam wieder in Gang.

Wegen der weiterhin geringen Förderkontingente für Windkraft und PV entstanden aber 2011 Warteschlangen an Neuprojekten bei der OeMAG und Forderungen nach einer Novelle des ÖSG wurden laut. Doch erst die AKW-Katastrophe in Fukushima brachte das Energiethema voll ins Bewusstsein von Medien und Politik, und bald darauf wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, BZÖ und den Grünen (unter Mitwirkung der FPÖ) das ambitionierte Ökostromgesetz 2012 beschlossen.

Mit dem ÖSG 2012 wurde erstmals eine langfristige Perspektive für die Stromerzeugung mit erneuerbaren

Energien geschaffen. Mengenmäßige Ausbauziele für den Zeitraum 2010 bis 2020 wurden fixiert, die Abnahmepflicht für Ökostrom zu festen Einspeisetarifen beibehalten und die gesamten Fördermittel von 21 auf 50 Mio. Euro erhöht.

Auf der Basis des ÖSG 2012 wurde mit beachtlichem Erfolg eine zweite intensive Ausbauphase der Windkraft gestartet. Von 2012 bis 2016 wurden jedes Jahr durchschnittlich rund 310 MW Leistung neu installiert. Die Gesamtleistung wurde von 1.083 MW Ende 2011 auf 2.636 MW Ende 2016 ausgebaut. Mit einem jährlichen Erzeugungspotenzial von 5,7 TWh können die Windkraftwerke 9,3% des österreichischen Stromverbrauchs decken.

Dringender Reformbedarf

Nach dieser zweiten Ausbauphase ist die aktuelle Situation aber wieder angespannt. Äußere Einflussfaktoren haben dazu geführt, dass sich Ende 2016 eine Warteschlange von 230 fertig genehmigten Windkraftanlagen aufgestaut hat, die von der OeMAG keinen Vertrag bekommen und deshalb nicht gebaut werden können. Diese Warteschlange reicht mittlerweile bis ins Jahr 2022. Deshalb ist eine kleine Novelle dringend erforderlich, um diesen Rückstau abzubauen und zu beseitigen. Ebenso muss rasch mit der Diskussion über eine große Novelle des ÖSG begonnen werden. Nachdem das Fördersystem in Zukunft umfassend geändert werden muss, braucht es darüber intensive Gespräche, um als Ergebnis ein effizientes und effektives System zu bekommen, dass den weiteren erfolgreichen Ökostromausbau ermöglicht. ●

Die Entwicklung der Gesetzgebung für Ökostrom in Österreich



Die große Transformation

Die Marktstrukturen des EU-Energiemarktes müssen auf die Erneuerbaren ausgerichtet werden.

Unter dem Schlagwort „Energieunion“ arbeitet die EU-Kommission an einer grundlegenden Umgestaltung des EU-Energiemarktes. Wie die Kommission beschreibt, stammt die noch immer dominierende Marktstruktur aus einer Zeit, als große zentrale Kraftwerke fossile Brennstoffe zur Stromerzeugung verheizten. An der heutigen dezentralen Stromerzeugung sind mehr und unterschiedliche Akteure beteiligt, deshalb muss der Strommarkt, sagt die Kommission, sich an diese neuen Bedingungen anpassen. Der neue Strommarkt soll ein dezentraler, flexibler Markt der erneuerbaren Energien werden. Deshalb soll der Markt auf die Erfordernisse und Gegebenheiten der Erneuerbaren ausgerichtet und ihnen angepasst werden, Förderregelungen sollen diese Marktentwicklung unterstützen.

Vorrang für Erneuerbare

Mitte der 90er Jahre wurde mit der Liberalisierung der bis dahin monopolistisch organisierten Energiemärkte in Richtung Marktöffnung und Wettbewerb begonnen. Erstmals ausdrücklich betont wurde die besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien. Mitgliedstaaten konnten es in der Folge Netzbetreibern zur Auflage machen,

Strom aus erneuerbaren Energieträgern vorrangig und zu höheren Preisen abzunehmen, die Mehrkosten wurden auf die Endverbraucher überwälzt.

Seit 2001 gibt eine eigene Erneuerbare-Energien-Richtlinie der EU die Richtung vor. Erneuerbare Energiequellen sollten dadurch prioritär gefördert werden, die Mitgliedstaaten wurden zur Festlegung und Erfüllung von Zielen verpflichtet, die Wahl von geeigneten Fördermaßnahmen oblag ihrem eigenen Ermessen. 2009 wurde die EE-Richtlinie wesentlich überarbeitet, um die Ziele des „20-20-20-Pakets“ umzusetzen. Diese noch heute geltende Richtlinie bezieht sich erstmals auf den gesamten Energiebereich, nicht wie vorher nur auf Strom. Die EU will damit den Anteil erneuerbarer Energie bis zum Jahr 2020 auf 20% erhöhen.

Derzeit arbeitet die EU-Kommission an einer neuen Energiepolitik für die Periode 2020 bis 2030. Dabei steht auch eine umfassende Neugestaltung der Richtlinie für Erneuerbare Energien (RED II) bevor. Noch vor der Klimakonferenz in Paris hat die EU als bis 2030 angepeilte Ziele beschlossen: einen

Anteil von 27% erneuerbare Energien sowie eine Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um 40%.

Diese Ziele sind jedoch nicht ambitioniert genug. Die EU-Kommission sagt sogar selbst: Um das Ziel von 40% weniger THG-Emissionen bis 2030 zu erreichen, müssen 50% der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien kommen. Dafür müsste aber die bisherige jährliche Zuwachsrate von 1% beim Ausbau erneuerbarer Energie enorm gesteigert werden und in den nächsten 15 Jahren 1,5% betragen. Dieser Pfad ist aber mittlerweile überholt, weil die Unterschrift der EU unter das Klimaschutzabkommen von Paris nun eine deutlich ambitioniertere Klima- und Energiepolitik notwendig macht.

Richtlinie optimal nutzen

Kurz vor Redaktionsschluss hat die EU-Kommission ihre Vorschläge für eine neue Erneuerbare-Energien-Richtlinie, eine überarbeitete Energieeffizienz-Richtlinie und ein neues Strommarktdesign präsentiert.

Für Österreich wird es darum gehen, ob unter den hierorts gegebenen kleinteiligen und überschaubaren Strukturen die in der derzeitigen Leitlinie noch geforderten Ausschreibungen das beste Mittel sein können, die Förderhöhe für Windkraftprojekte zu ermitteln. Die Durchführung von Ausschreibungen ist keineswegs ultimativ bindend, Ausnahmen davon sind schon jetzt unter bestimmten Umständen explizit vorgesehen. In erster Linie muss es um den effizientesten und günstigsten Weg zur Erreichung der angestrebten Ziele gehen, administrative Hürden dürfen diesen Weg nicht behindern. ●



Leitlinien für Umwelt- und Energiebeihilfen 2014-2020

Ökostrom-Fördersysteme der Mitgliedstaaten werden von der EU-Kommission auf Basis der Leitlinien für staatliche Umwelt- und Energiebeihilfen auf ihre Zulässigkeit überprüft. Ab 2016 ist für neue Fördersysteme für Strom aus erneuerbaren Energien grundsätzlich ein Marktprämienmodell in Kombination mit technologieneutralen Ausschreibungen vorgesehen. Investitionsförderungen wären möglich, sind aber bei Windkraftprojekten in der EU nicht üblich. Aufgrund bestimmter Ausnahmemöglichkeiten können Mitgliedstaaten von der Verpflichtung, Ausschreibungen durchzuführen, absehen, wenn sie nachweisen, dass solche in ihrem Fall für bestimmte Technologien nicht zielführend sind.

Brandaktuell aus Brüssel

Die Pläne der EU-Kommission für einen neuen Strommarkt.

Am 30. November hat die EU-Kommission mit ihrem „Winterpaket“ ihre Pläne für die Neugestaltung eines einheitlichen europäischen Strommarktes präsentiert. Die Ziele für Strom aus erneuerbaren Energien, CO₂-Reduktion und Energieeffizienz werden zwar erwähnt, mit den vorgeschlagenen Maßnahmen arbeitet die Kommission dann allerdings massiv dagegen.

Offenbar wurde vergessen, dass derzeit drei Viertel des europäischen Stroms mit Kohle-, Gas- und Atomkraftwerken erzeugt werden und dass diese konventionelle Stromerzeugung strukturell wie auch finanziell noch immer extrem bevorteilt wird. Es werden sogar zusätzliche Schutzmechanismen

vorgeschlagen, damit diese konventionellen Kraftwerke weiterhin Strom erzeugen können. Statt den Erneuerbaren den Weg zu ebnen, untergraben viele Vorschläge deren Förderung.

Der Einspeisevorrang für Ökostrom soll abgeschafft werden, was hochsubventionierten Kohlestrom, der ohne seriöse CO₂-Preise extrem billig ist, begünstigt. Auch werden den Mitgliedstaaten keine verpflichtenden nationalen Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien bis 2030 gesetzt, es gibt lediglich ein unambitioniertes Gesamtziel für die EU selbst. Die aktuell geltende Freiheit der Mitgliedstaaten, ihre Fördermodelle selber wählen zu können, wird eingeschränkt. Standen bis zuletzt

noch verpflichtende Ausschreibungen im Raum, ist der Entwurf jetzt eher sehr allgemein gehalten. Nunmehr sind andere Fördermodelle wie zum Beispiel Marktprämien durchaus zulässig – und das auch ohne Ausschreibungen.

Eines ist jedenfalls klar: Europa braucht konkrete Fahrpläne für den raschen Ausstieg aus der konventionellen Stromerzeugung und eine eindeutige Bevorzugung von Strom aus erneuerbaren Energien, sonst wird das selbst gewählte Ziel eines Erneuerbaren-Anteils von 27% nicht erreicht werden – ein Ziel, das ohnehin viel zu niedrig ist, um damit die aus dem Pariser Klimaschutzabkommen entstandene Verpflichtung der EU zu erfüllen. ●

Kritik an den Vorschlägen der EU-Kommission

- Die aktuell geltende Wahlfreiheit der Mitgliedstaaten bei Fördermodellen wird eingeschränkt.
- Wegfall des Einspeisevorrangs erschwert erneuerbaren Energien den Marktzugang.
- Keine national verbindlichen Ausbauziele für die Mitgliedstaaten.
- Das EU-Ziel eines Erneuerbaren-Anteils von 27% bis 2030 ist unambitioniert und wird den Vorgaben des Paris-Abkommens nicht gerecht.
- Die Möglichkeit von Kapazitätsmechanismen dient der Rettung von Kohle- und Atomstrom.
- Kein Wort zur Abschaffung der Subventionen im konventionellen Stromerzeugungssektor.

Forderungen für die Neugestaltung der Richtlinie

- Verpflichtende nationale Ziele bis 2030.
- Reporting der Mitgliedstaaten und regelmäßige Evaluierung, Sanktionsmöglichkeit bei Nicht-Erreichung.
- Nutzung bewährter und erprobter Instrumente zur Förderung erneuerbarer Energien.
- Den Mitgliedstaaten muss die Wahl der Förderinstrumente freistehen.
- Beibehaltung des Einspeisevorrangs für Strom aus erneuerbaren Energien.
- Internalisierung externer Kosten fossiler und nuklearer Energieträger (CO₂-Preise, Emissionshandel).
- Ende der hohen Subventionen im konventionellen Stromerzeugungssektor.

windenergie bringt's

W.E.B

**NACHHALTIG
IN DIE ZUKUNFT**

Weitere Informationen unter: www.windenergie.at



Die große Reform

Worum es bei einer umfassenden Novelle des Ökostromgesetzes geht.

Abgesehen von einer kleinen Novelle, die das Ökostromgesetz (ÖSG) nicht substantiell verändert, sondern nur die größten Baustellen bearbeitet, wird nicht zuletzt auf Drängen der Sozialpartner auch eine umfassende Reform des ÖSG diskutiert, allerdings ist dieses von der EU-Kommission bis 2022 notifiziert, frühestens dann ist eine neue Regelung verpflichtend. Dabei hat die Verpflichtung Österreichs und der EU zum Klimaschutzabkommen von Paris, das Anfang November 2016 verbindlich in Kraft getreten ist, eine ganz neue Dynamik in den Prozess gebracht. Um die Ziele des Abkommens erreichen zu können, greifen die bisherigen Konzepte der EU-Kommission deutlich zu kurz. Vor allem der Ausbau der erneuerbaren Energien muss massiv gesteigert werden. Die derzeit geltenden Leitlinien für staatliche Umwelt- und Energiebeihilfen stehen diesem Vorhaben aber mehr im Weg, als dass sie es unterstützen.

Der vehementeste Diskussionspunkt der EU-Leitlinie ist die Forderung, dass ab 2017 die Höhe der Förderung für Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien verpflichtend über Aus-

schreibungen ermittelt werden soll. Die grundsätzlich nicht falsche Idee dahinter ist, damit Wettbewerb unter den Ökostromerzeugern zu stimulieren, der über einen marktwirtschaftlichen Mechanismus zu günstigen Strompreisen führen soll. Diesem theoretischen Ideal steht jedoch ein großes Potenzial praktischer Ineffizienz gegenüber. Bei Ausschreibungen für erneuerbare Energien kann es etwa durch große Anbieter zu strategischem Unterbieten kommen, das kleinere Anbieter aus dem Markt drängen würde. Ausschreibungen erfordern einen hohen administrativen Aufwand und bergen hohe Risiken bei der Finanzierung.

Ihre Unzulänglichkeit hat sich auch in extrem niedrigen Realisierungsraten bei Ausschreibungen für Windkraftprojekte in Frankreich, Großbritannien, Irland, Südafrika und Brasilien erwiesen. Die EU-Kommission selbst bleibt in ihren Dokumenten den Beweis schuldig, dass Ausschreibungsmodelle (aber auch andere Systeme wie Quoten oder Investitionsförderung) in der

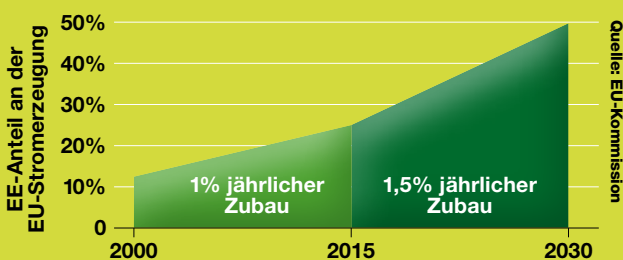
Praxis funktionieren. Insbesondere auf einem kleinen, begrenzten Markt wie Österreich ist nicht mit zufriedenstellenden Ergebnissen zu rechnen.

Zwar sehen die Beihilfe-Leitlinien der EU-Kommission ab 2017 eine Ausschreibungspflicht für erneuerbare Energien vor, es gibt dort aber auch die ganz wesentliche und gerade für Österreich hochinteressante Einschränkung (Randzahl 126), dass ein Mitgliedstaat auf Ausschreibungen verzichten kann, wenn nur eine sehr begrenzte Zahl von Vorhaben oder Standorten beihilfefähig wäre, Ausschreibungen zu einem höheren Förderniveau führen würden oder dazu, dass nur wenige Vorhaben verwirklicht werden können.

Aus Sicht der IG Windkraft wird entscheidend sein, dass Österreich sich nicht in vauseilendem Gehorsam gegenüber der EU-Kommission auf unerprobte Experimente einlässt und die vorhandenen negativen Erfahrungen mit Ausschreibungen leichtfertig ignoriert. Auch Deutschland verzichtet im novellierten EEG 2017 unter Berufung auf Randzahl 126 der EU-Leitlinien auf Ausschreibungen für einige Technologien der Erneuerbaren wie beispielsweise die Wasserkraft generell. ●



EU-Ziel von 50% Erneuerbare bis 2030 verlangt deutliche Zubausteigerung



Um bis 2030 einen EE-Anteil von 50% zu erreichen, muss die jährliche Zubaurate auf 1,5% gesteigert werden.

Notwendige Eckpunkte einer Reform des Ökostromgesetzes

- Langfristige stabile Rahmenbedingungen mit ambitionierten Zielen
- Technologiespezifische Ausgestaltung
- Für Windkraft Marktprämienmodell: Förderprämie in Abhängigkeit vom Marktpreis
- Ausschreibungsmodell wird abgelehnt
- Klarheit für bei OeMAG beantragte Projekte
- Abbau der Warteschlange
- Wahlrecht für bestehende Anlagen

Gesetz im Netz

Die vielfältigen Einflussfaktoren des Ökostromgesetzes.



Wird in Österreich über das Ökostromgesetz (ÖSG) geredet, stehen meistens die Kosten für die Förderung der erneuerbaren Energien im Vordergrund. Aktuelles Beispiel: Der Ende September veröffentlichte Ökostrombericht der E-Control setzt sich intensiv mit den Kosten des Ökostroms auseinander, erwähnt aber mit keinem Wort den Nutzen der Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien. Ebenso fokussieren Wirtschafts- und Arbeiterkammer ihre Argumentation ausschließlich auf die Kostenseite, übersehen dabei aber offenbar die größeren Zusammenhänge und die positiven Effekte für ihre eigene Klientel. Und auch die österreichischen Medien können mit ihren notwendigerweise sehr vereinfachenden Darstellungen ihrem Publikum nur selten ein wirklich substanzielles Angebot machen, das komplexe Thema Ökostrom in all seinen Facetten verstehen zu können.

Die Diskussion über das ÖSG erinnert nur allzu lebhaft an die bekannte Geschichte vom Elefanten und den Blinden. Sie erinnern sich? Ein indischer König verlangte von seinem weisen Lehrer, er solle ihm das Wesen der Welt erklären. Dieser ließ daraufhin einen Elefanten in den Hof des Palastes bringen und zu ihm sechs blinde Männer. Jeder dieser Männer befühlte einen Teil des Elefanten: einer den Rüssel, einer ein Ohr, der dritte ein Bein usw. Dann ließ der Weise die Männer vor den König bringen und fragte jeden einzelnen, wie denn ein Elefant beschaffen sei. Jeder beschrieb nun seine eigene Wahrnehmung, und alle widersprachen einander. Da lächelte der König, denn er hatte verstanden, was ihn der weise Mann lehren wollte: Man muss immer das Ganze sehen und sich nicht von Teilerfahrungen der Wirklichkeit blenden und in die Irre führen lassen.

So ähnlich verhält es sich mit dem ÖSG. Wer nur einzelne Teilaspekte betrachtet, versteht diese nicht in ihrem Zusammenhang, versteht nicht das große Ganze. Das ÖSG steht nicht für sich allein, es unterliegt vielen Einflussfaktoren, ist Teil eines Netzwerkes. So interessant einzelne Phänomene sein mögen, aber nur eine systemische Betrachtungsweise ermöglicht ein umfassendes ganzheitliches Verständnis.

In welchen größeren Rahmen das ÖSG eingebettet ist, haben wir auf den vorigen Seiten beschrieben. Auf den nun folgenden Seiten betrachten wir einzelne Einflussfaktoren im Detail. Das ÖSG muss einer grundlegenden Überarbeitung unterzogen werden, um all diesen veränderten Marktbedingungen Rechnung zu tragen und wieder ein sinnvolles und effizientes Instrument für die Zukunft des österreichischen Ökostroms zu werden. ●

Weniger neue Windräder bei gleicher Förderung

Niedriger Strompreis und teure Ausgleichsenergie reduzieren den Windkraftausbau.



Seit der Beschlussfassung des Ökostromgesetzes im Jahr 2011 steht für die Windkraft ein jährliches Förderkontingent von 11,5 Millionen Euro zur Verfügung. 2011 konnte die Ökostromabwicklungsstelle OeMAG damit noch neue Verträge für Windkraftprojekte mit einer Gesamtleistung von rund 140 MW vergeben. Seither hat es eine unvorhersehbare dramatische Preis- und Kostenentwicklung gegeben, sodass 2016 mit dem gleichen Volumen an Fördermitteln nur mehr Projekte mit rund 70 MW Verträge bekommen können.

Preisverfall am Markt

Die finanzielle Unterstützung für Strom aus einem Windkraftwerk errechnet sich aus der Differenz zwischen dem geltenden Einspeisetarif und dem jeweiligen Großhandelsmarktpreis für Strom an der Leipziger Strombörse EEX. 2011 lag dieser Preis im Jahresdurchschnitt bei 5,65 Cent/kWh. Aus zwei Gründen ist es seither zu einem eklatanten Preisverfall gekommen.

Da sie ihre CO₂-Emissionen nach wie vor nicht kostenadäquat einpreisen

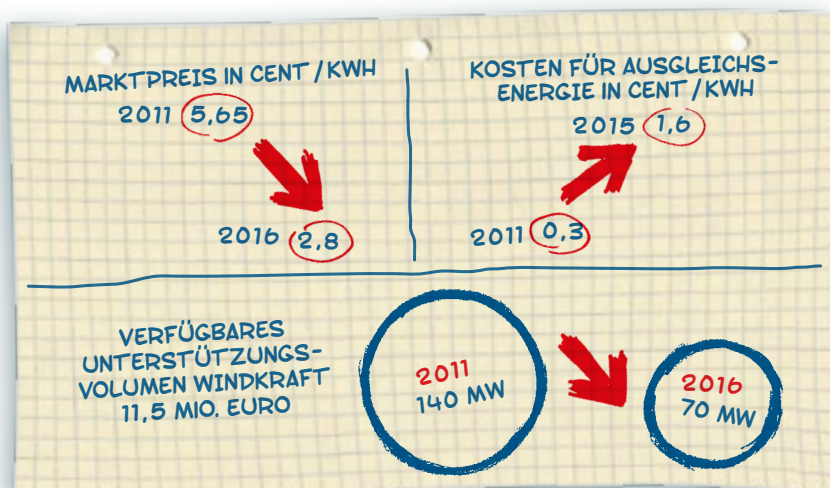
müssen, nutzen Kohlekraftwerke europaweit ihre enormen Überkapazitäten voll aus und produzieren gewaltige Stromüberschüsse. Gleichzeitig drückt der höhere Anteil an eingespeistem Ökostrom mit seinen niedrigen Grenzkosten über den „Merit-Order“-Effekt den Preis weiter nach unten. Derzeit liegt der Marktpreis knapp unter drei Cent/kWh, also um mehr als 50% unter dem Niveau von 2011.

Zusätzlich sind durch die Systemumstellung bei der Aufbringung der Regel- und Ausgleichsenergie in Österreich die Aufwendungen der OeMAG für die Ausgleichsenergie enorm gestiegen – von 0,3 Cent/kWh im Jahr 2011 auf 1,6 Cent/kWh im Jahr 2015. Die bittere Kostenunwahrheit dabei ist, dass die Ökostrombilanzgruppe der OeMAG zusätzlich noch Extrazahlungen an andere Bilanzgruppen leisten muss, sodass die Aufwendungen der OeMAG im Jahr 2015 in Summe 89% mehr als die gesamten Ausgleichsenergiekosten ausgemacht haben.



Für IGW-Chef Stefan Moidl eine fatale Entwicklung: „Da auch diese Kosten in die Förderung eingerechnet werden, bleibt noch weniger Geld für neue Windkraftwerke übrig. Da aber das Fördervolumen gleichgeblieben ist, können mit dem gleichen Geld von Jahr zu Jahr nur immer weniger Megawatt mit OeMAG-Verträgen ausgestattet werden.“

Eine Studie an der Uni Erlangen-Nürnberg über die Auswirkungen der erneuerbaren Energien in Deutschland belegt, dass trotz der Kosten für die Ökostromförderung die gesamte Stromversorgung gerade wegen den Erneuerbaren wesentlich billiger gekommen ist als nur mit fossilen und atomaren Kraftwerken. Berücksichtigt muss auch werden, dass die alten konventionellen Kraftwerke längst abgeschrieben sind und deswegen mit geringen Kosten laufen können. Vergleicht man die Stromgestehungskosten auf Basis neu gebauter Kraftwerke, sind erneuerbare Energien konkurrenzlos billiger. ●



Die dramatische Entwicklung der Windkraftförderung in den letzten Jahren: Seit 2011 ist der Marktpreis von 5,65 Cent/kWh auf 2,8 Cent/kWh hinuntergerasselt. Zusätzlich sind die Aufwendungen der OeMAG für die Ausgleichsenergie nach der Systemumstellung sprunghaft gestiegen. Fatales Fazit: Mit dem gleichen Fördervolumen von 11,5 Millionen Euro können 2016 nur mehr 70 MW Verträge bekommen – 2011 waren es mit 140 MW noch doppelt so viele.



Ungerechte Verteilung der Kosten

Ausgleichsenergiekosten der OeMAG weit höher als 100%.

Stromerzeuger und -verbraucher werden in Österreich zu Bilanzgruppen zusammengefasst, eine davon ist die Ökostrombilanzgruppe, die die OeMAG abwickelt. Jede dieser Bilanzgruppen gibt täglich eine Prognose ab, wann sie wie viel Strom ins Netz einspeisen respektive wie viel sie verbrauchen wird. Abweichungen einer Gruppe werden durch Mehr- oder Mindereinspeisung anderer Gruppen ausgeglichen.

Keine aktive Steuerung

Für diese Ausgleichsenergie wird ein Preis festgelegt, es besteht also eine Kostenverbindung zwischen den einzelnen Bilanzgruppen. Der Preis leitet sich von der Gesamtabweichung, dem Marktpreis und den Regelenergiekosten ab. Eine besondere Regelung ist: Je weiter die tatsächlichen Strommengen einer Bilanzgruppe vom prognostizierten Fahrplan abweichen, desto teurer wird der Preis dafür.

Andere Bilanzgruppen als die OeMAG haben ein deutlich gemischteres Energieportfolio und können ihre Mehr- oder Mindereinspeisung aktiv steuern;

und sie vermarkten ihre Bilanzgruppe auch aktiv. Die OeMAG hat hier seit Jahren keine Optimierungsschritte durchgeführt und vermarktet erst seit kurzem teilweise ihr Portfolio über die Verbundtochter APG (Austrian Power Grid). Da die OeMAG ihre Bilanzgruppe nur ungenügend steuert und bewirtschaftet, können andere Bilanzgruppen dieses unflexible Verhalten zu ihrem Vorteil nutzen, indem sie darauf reagieren, wo die OeMAG starke Abweichungen zeigt, und damit hohe Preise kassieren. Auch wenn oft behauptet wird, die Ausgleichsenergiekosten seien doch gerade wegen dem höheren Windstromanteil im Netz gestiegen: Das stimmt nachweislich nicht, denn die abgerufene Menge an Regelenergie ist in den letzten Jahren ziemlich konstant geblieben.

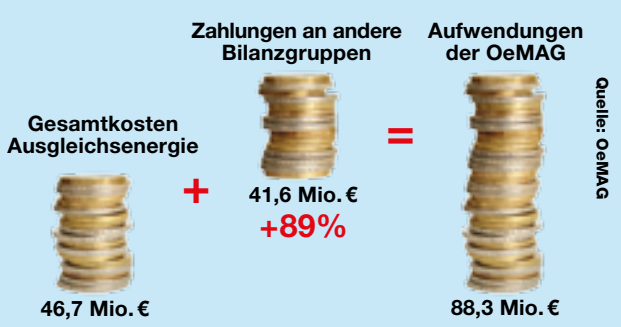
Die besondere Absurdität dabei ist: 2015 musste die OeMAG 88,3 Millionen Euro für Ausgleichsenergiekosten aufwenden, und das obwohl die Gesamtkosten für Ausgleichsenergie aller

Bilanzgruppen zusammen nur 46,7 Millionen ausgemacht haben. Das deshalb, weil sie zusätzliches Körpergeld an andere Bilanzgruppen zahlen musste, die ihre Produktion an die Fehler der OeMAG angepasst haben.



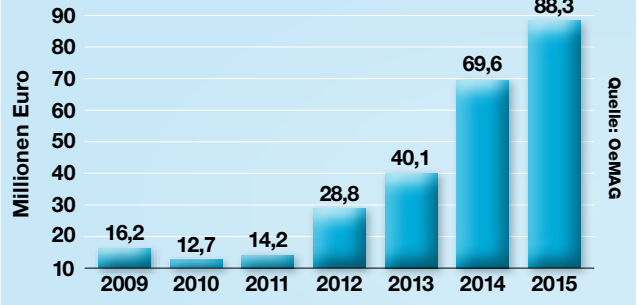
2011, als das ÖSG beschlossen wurde, hatte die OeMAG Ausgleichsenergiekosten von 14,2 Millionen Euro zu tragen. Seither sind ihre Kosten sprunghaft gestiegen, 2015 lagen sie schon bei 88,3 Millionen – eine Steigerung um mehr als das Sechsfache. Die dramatische Auswirkung: Die Ausgleichsenergiekosten reduzieren das verfügbare Fördervolumen im sogenannten Windtopf als auch die Fördermittel des Resttopfes, der anteilig der Windkraft zugutekommen soll. Aufgrund des drastischen Anstiegs dieser OeMAG-Kosten können bei gleichbleibendem Fördervolumen von Jahr zu Jahr immer weniger Windkraftwerke von der OeMAG einen Vertrag für geförderten Windstrom erhalten. ●

Kostenvergleich 2015 gesamte Ausgleichsenergie und OeMAG



2015 musste die OeMAG um satte 89% mehr zahlen, als die Gesamtkosten der Ausgleichsenergie überhaupt betragen.

Aufwendungen der OeMAG für Ausgleichsenergie



Die Kostenexplosion bei der OeMAG reduziert das für Windkraftverträge nutzbare Fördervolumen.



Marktpreis total im Keller

Überproduktion von Kohlestrom drückt Strompreis.

Der Strommarktpreis ist ein entscheidender Parameter für die Berechnung der aufzuwendenden Windstromförderung. Als das ÖSG 2012 in Kraft trat, galt ein Einspeisetarif für Windstrom von 9,5 Cent/kWh und der Börsenmarktpreis für Strom lag über 5 Cent/kWh. Als Differenz davon musste eine Kilowattstunde Windstrom mit 4,5 Cent gefördert werden. 2016 beträgt der Einspeisetarif 9,04 Cent/kWh, der Marktpreis ist aber unter 3 Cent/kWh abgesackt und hat im zweiten Quartal den extremen Tiefstand von 2,34 Cent/kWh erreicht. Zu diesem Zeitpunkt mussten 6,7 Cent/kWh für die Windstromförderung aufgewendet werden, also fast 50% mehr als 2012.

Schmutzsubventionen

Nun könnte man meinen, dass ein niedriger Strompreis auch ein guter Strompreis ist. Doch die Sache ist nicht ganz so einfach und die Begleiterscheinungen sind äußerst unerfreu-

liche. Der europäische CO₂-Emissionshandel ist grandios gescheitert und liegt am Boden. Ebenso am Boden liegt der Preis für CO₂-Zertifikate, der sogar bis fünf Euro pro Tonne abgesackt ist. Das aber hat zur Folge, dass Kohlekraftwerke in Europa derzeit einen im wahrsten Sinn des Wortes Freibrief haben, weiterhin ungebremst CO₂ in die Atmosphäre zu blasen, ohne dafür einen wirklich realen Gegenwert zahlen zu müssen. Gemeinsam mit Atomkraftwerken belasten vor allem Braunkohlekraftwerke das Energiesystem derzeit besonders, denn sie laufen auf Hochtouren, egal, ob ihr Strom benötigt wird oder nicht.

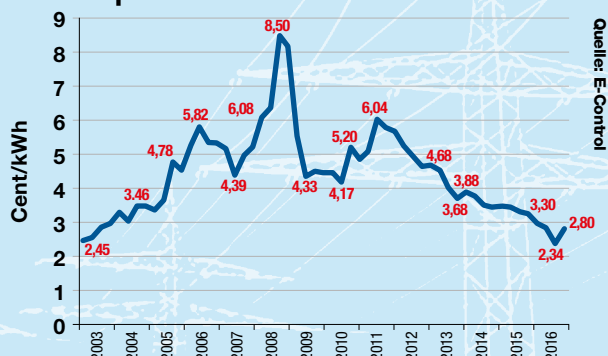
Ein weiterer Aspekt ist, dass auch der höhere Anteil an eingespeistem Ökostrom den Marktpreis reduziert, weil bei der Preisfindung an den Strombörsen Strom mit niedrigen Grenzkosten bevorzugt wird (Merit-Order-Effekt). Derzeit liegt der Marktpreis knapp unter drei Cent/kWh, also um mehr als 50% unter dem Niveau von 2011.

Immer wieder werden die angeblich so hohen Kosten der Ökostromförderung kritisiert. In Wahrheit ist es absurderweise genau umgekehrt. In der EU erhalten Kohle-, Gas- und Atomkraftwerke mit 61 Milliarden Euro mehr als doppelt so hohe Subventionen wie alle erneuerbaren Energien zusammen. Rechnet man die durch die Kohlestromerzeugung ausgelösten 40 Milliarden Folgekosten im öffentlichen Gesundheitswesen noch dazu, so sind die Subventionen mehr als dreimal so hoch.

„Diese Kraftwerke sind in doppeltem Sinn fossil“, sagt IGW-Chef Stefan Moidl. „Sie erzeugen Strom mit fossilen Rohstoffen, und das mit einer völlig veralteten Technik, die den Bedürfnissen eines modernen, flexiblen Strommarktes überhaupt nicht gerecht werden kann.“ Auch in Zeiträumen, in denen erneuerbare Energien ausreichend Strom liefern, werden Kohlekraftwerke nur auf maximal die Hälfte ihrer Erzeugungsleistung gedrosselt. Unaufhörlich produzieren sie überschüssige Energie, belasten damit das Stromnetz und drücken den Preis am Strommarkt. ●

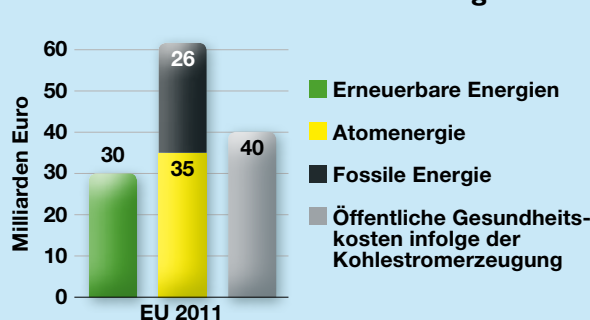


Marktpreis an der Strombörse EEX



Seit 2011 ist der Marktpreis für Strom an der Leipziger Strombörse EEX um mehr als 50% gefallen.

Subventionen der EU nach Energien



In der EU erhalten Kohle-, Gas- und Atomkraftwerke jährlich zwei bis drei Mal so hohe Subventionen wie alle erneuerbaren Energien zusammen.

Potential...

...erheben

...analysieren

...optimieren

...nutzen



280 W/m²

Schwarzer Dienstag für Ökostrom

Verpasste Chance für eine kleine Ökostromnovelle.



Am Dienstag, dem 22. November, endete die Sitzung des Ministerrates, ohne die von vielen Akteuren erwartete kleine Ökostromnovelle auf den Weg zu bringen. „Damit ist die realistische Chance, den Reformstau des Ökostromgesetzes noch heuer zu beseitigen, leichtfertig vertan worden“, stellt Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft, fest. „Die Ökostrombranche verliert weiter an Stabilität und überdies den Glauben, dass die Regierung tatsächlich funktionierende gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen will.“

Seit drei Jahren diskutiert die Branche mit dem Wirtschaftsministerium über eine kleine Ökostromnovelle. Mögliche Änderungen wurden sogar im Voraus mit der EU-Kommission abgestimmt, um sicherzugehen, dass nur solche Änderungen vorgenommen werden, mit denen das Gesetz weiterhin

Gültigkeit behalten kann und nicht neuerlich von der EU genehmigt werden muss. Nur so können die Einspeisetarife noch eine Zeit lang weiterbehalten und das effizienteste Förderinstrument noch weiterhin genutzt werden.

Stillstand vorgezeichnet

Die vielen Ankündigungen der Regierung haben das Gesetz leider noch nicht bis zur Phase der Begutachtung gebracht. Die ÖVP fordert rund 200 Millionen Euro für 300 Biogasanlagen, deren Einspeisetarife auslaufen und die wegen des niedrigen Strommarktpreises nur mehr defizitär betrieben oder stillgelegt werden können. Die Lösung dieser Nachfolgeregelung ist sogar in der Regierungserklärung festgeschrieben. Im Gegenzug will die SPÖ zum einen, dass bestehende fossile Fernwärmanlagen gefördert werden und

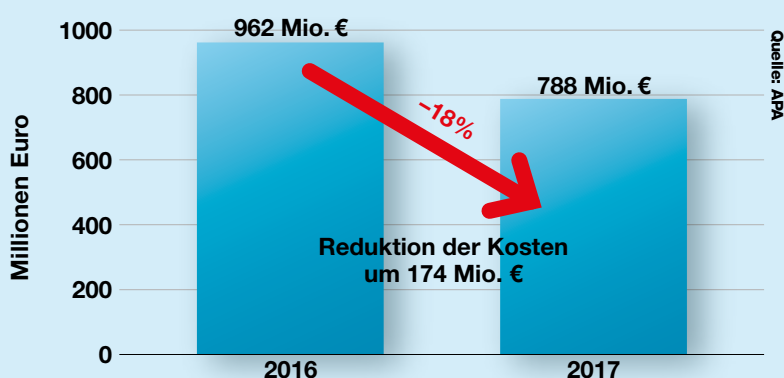
dafür ein nicht EU-konformes Gesetz neu beschlossen wird, zum anderen, dass für Straßenbahnunternehmen eine Verringerung von Zählpunkten zur Anwendung kommt, damit diese einen geringeren Ökostrombeitrag zahlen müssen. Wirtschafts- wie Arbeiterkammer, Gewerkschaft wie Industriellenvereinigung haben bereits vor dem Sommer eine kleine Novelle abgelehnt und damit den Stillstand vorgezeichnet.

Dass für diese Anliegen keine Kompromisse gefunden werden konnten, hat letztlich das Zustandekommen eines Begutachtungsentwurfes verhindert. Die Regierung steckt in koalitionsären Streitigkeiten und übersieht dabei gleichermaßen den Schaden, den eine Verzögerung der Entscheidung anrichtet, wie auch die großen Chancen und starken Wirtschaftsimpulse, die diese kleine Novelle auslösen könnte.

IGW-Chef Moidl hat die Hoffnung auf eine Novelle dennoch nicht aufgegeben: „Die Vorlage eines Begutachtungsentwurfes würde den ganzen Diskussionsprozess ja erst so richtig ins Laufen bringen. Schon bei früheren Novellen wurden die Entwürfe immer erheblich abgeändert. Und letztendlich kann eine Ökostromnovelle sowieso nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit im Parlament beschlossen werden. Ein Begutachtungsentwurf muss daher noch gar nicht fertig ausverhandelt sein, er wäre vielmehr erst der Startschuss für konkrete Verhandlungen.“

Argumentieren wir auf Basis der Fakten. Seit 2014 geht der Ausbau der Windenergie in Österreich stark zurück. 2014 konnten noch 142 neue Windräder

Sinkende Ökostromförderkosten



Die Mittel aus Ökostrompauschale und Ökostromförderbeitrag sinken von 2016 auf 2017 um 18%. Die Ökostromkosten für einen durchschnittlichen Haushalt reduzieren sich dadurch von rund 120 auf unter 100 Euro im Jahr.



Die 4 zentralen Forderungen der IG Windkraft für eine „kleine ÖSG-Novelle“:

- **Abbau der Warteschlange durch zusätzliche Fördermittel**
- **Rechtssicherheit durch frühzeitige Verträge**
- **Beseitigung der Diskriminierung von Altanlagen im Burgenland und in Niederösterreich**
- **Optimale Bewirtschaftung der Ökobilanzgruppe durch Leistungsreduktion**

errichtet werden, 2016 hat sich der Zubau auf 75 Anlagen reduziert. Und auch in den nächsten Jahren zeigt die Tendenz weiter nach unten. 2017 wird sogar die Gesamtanzahl der Anlagen, die eine Förderung erhalten, gegenüber 2016 um 111 Windräder schrumpfen (ein Novum in der österreichischen Windkraftgeschichte), da mehr Windräder aus der Förderung ausscheiden, als neue gebaut werden. Auch wird die Ökostromförderung in Summe um 174 Millionen Euro weniger kosten, die Konsumenten werden 2017 knapp 20% weniger für Ökostrom zahlen.

Bei der Ökostromabwicklungsstelle OeMAG hat sich eine Warteschlange von rund 230 Windkraftanlagen gebildet, die baureif und fertig genehmigt sind und eine Gesamtleistung von 700 MW repräsentieren. Die Anträge für OeMAG-Verträge für diese Anlagen schöpfen die Förderkontingente bereits bis zum Jahr 2022 aus. Ein Großteil der Anträge würde wegen einer Formalbestimmung des ÖSG drei Jahre nach Antragstellung aus der Reihung fallen und niemals einen Vertrag erhalten.

Eine kleine Novelle des ÖSG, die ohne Genehmigung durch die EU-Kommission möglich wäre, macht aus Sicht der IGW nur dann wirklich Sinn, wenn einerseits durch zusätzliche Fördermittel ein Teil der Warteschlange abgebaut wird und andererseits die weiterhin gereihten Projekte sofort OeMAG-Verträge erhalten. Der bisher bekannte Entwurf einer kleinen Novelle bringt noch keine Verbesserungen für die Windkraft. Vorgesehen ist eine Verschiebung von Mitteln aus dem Resttopf zur Klein-

wasserkraft, womit der jährliche Windkraftausbau in den nächsten Jahren weiter gekürzt würde. Als „Ausgleich“ ist bisher lediglich eine Verlängerung der Verfallsfrist von drei auf vier Jahre vorgesehen, was allerdings das Problem nur zeitlich aufschieben, die Situation der Windenergie unter dem Strich sogar verschlechtern würde.

Volkswirtschaftliche Effekte

Mit relativ überschaubaren zusätzlichen Fördermitteln könnte zumindest ein Teil der Warteschlange an Windkraftprojekten zügig abgebaut werden. Selbst die komplette Beseitigung des Reformstaus für alle erneuerbaren Energien würde die Absenkung der Ökostromkosten im nächsten Jahr nicht überschreiten. „Es ist unverständlich, warum die Regierung auf einen starken Wirtschaftsimpuls im Bereich der er-

neuerbaren Energien verzichtet, wenn dadurch keine Mehrbelastung der Konsumentinnen und Konsumenten verursacht würde“, wundert sich Moidl.

Das Zögern der politischen Parteien erweckt den Anschein, als wollten sie die kurzfristigen Möglichkeiten einer kleinen Novelle gar nicht nutzen – eine zukünftige große Reform des ÖSG soll dann alles richten. Doch schon die im ÖSG 2012 mündende Gesetzesänderung hat von 2009 bis 2011 gedauert. Damals wurden aber nur jene Stolpersteine in einem bestehenden Gesetz beseitigt, die den Ausbau verhinderten. Bei der kommenden Reform wird kein Stein auf dem anderen bleiben. Ein komplett neues Fördersystem muss implementiert werden. Es ist reine Illusion zu glauben, dass man diese radikalen Änderungen in kürzerer Zeit schafft als letztes Mal. Das Warten geht weiter. ●

Fakten zur Warteschlange bei der OeMAG Ende 2016

- **230 baureife, fertig genehmigte Windkraftwerke**
- **Gesamtleistung 700 MW**
- **Jährliches Erzeugungsvolumen 1,6 Milliarden kWh (= 2,5% des österreichischen Stromverbrauchs)**
- **Strom für mehr als 460.000 Haushalte**
- **CO₂-Einsparung fast 1 Million Tonnen (= so viel wie rund 465.000 PKW ausstoßen, das sind 10% aller PKW in Österreich)**
- **1,2 Milliarden Euro an Investitionen**
- **330 Millionen Euro Wertschöpfung durch die Errichtung**
- **40 Millionen Euro Wertschöpfung jährlich durch den Betrieb**
- **Rund 4.200 Arbeitsplätze bei der Errichtung**
- **Rund 400 Dauerarbeitsplätze über mindestens 20 Jahre**

Menschen leben mit Windenergie



Planungssicherheit für langfristige Investitionen

Wir haben über die Jahre unser Geschäftsmodell für Windkraftprojekte kontinuierlich ausgebaut. Viele neue Arbeitsplätze sind im Zuge des Ausbaus der Windenergie entstanden und wir haben hohe Investitionen in Großkrane und Spezialtransportfahrzeuge getätigt. Diese Investitionen sind natürlich langfristig ausgelegt und fairerweise brauchen wir dafür von der Politik auch langfristig stabile und verlässliche Rahmenbedingungen. Der forcierte Ausbau der Stromerzeugung mit Windenergie ist einer der kostengünstigsten Wege, Österreichs Strom in naher Zukunft zur Gänze mit erneuerbaren Energien zu liefern. Wir hoffen, dass eine Reform des Ökostromgesetzes diesen Weg unterstützt, um seine Vorteile volkswirtschaftlich ebenso wie betriebswirtschaftlich zu nutzen.

Wolfgang Schellerer, Geschäftsführer
Felbermayr Transport- und Hebeteknik



Arbeitsplätze in der Lebensregion

Ich bin im Waldviertel aufgewachsen und wollte daher auch gerne als Juristin in dieser Region tätig sein, um nicht in die nächstgelegenen Großstädte pendeln zu müssen. Das Waldviertel stellt meinen Lebensmittelpunkt dar, meine Familie und ein Großteil meiner Freunde kommen auch aus dieser Region, hier fühlt es sich für mich nach Heimat an. Umso mehr war es für mich eine große Freude, den Job als Juristin bei der WEB Windenergie AG gefunden zu haben. Vielen meiner Kolleginnen und Kollegen geht es ähnlich, sie leben und arbeiten gern hier im Waldviertel. Mit insgesamt rund 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die W.E.B heute ein beliebter Arbeitgeber in der Region. Möglich wurde das alles nur durch den Aufschwung der Windenergie und anderer erneuerbarer Energien in Österreich.

Teresa Aschauer, Juristin
WEB Windenergie AG



Persönliche Verantwortung übernehmen

Die innere Aufforderung, Verantwortung für unsere Schöpfung zu übernehmen, lässt mich derzeit an der Umsetzung von Windenergieprojekten mitarbeiten, gemeinsam mit den Menschen, die hier leben, gemeinsam mit Menschen, die Mut zum Handeln und zur Vision in sich tragen. Wann werden wir erkennen, dass wir Schöpfer sind, mit jedem Tun – und mit jedem Nichttun – und dafür die Verantwortung tragen, jeder einzelne von uns?! Und aus diesem Gefühl der Verantwortung heraus, ist es wichtig, dass wir letztlich mit unserem Tun gut für die Welt sind. Wenn wir die Erde verlassen, sollen wir einen Beitrag für eine bessere Welt geleistet haben. Jeder hat diese Gelegenheit – im TUN.

Thomas Sutter, Projektleiter EWS Consulting GmbH



Windkraftleistung wie fünf Donaukraftwerke

Ende 2016 werden in Österreich etwa 2.650 MW Windkraftleistung am Netz sein und fast 10% des Stromverbrauchs decken. Darüber hinaus befinden sich jetzt 700 MW fertig bewilligt in der Warteschleife bei der OEMAG. Wenn diese Anlagen bis 2020 umgesetzt werden, haben wir die Erzeugungskapazität von fünf Donaukraftwerken erreicht. Das realisierbare Windpotenzial in Österreich ist also wesentlich größer, als sogar die kühnsten Optimisten erwartet hatten. In einer 2014 veröffentlichten Studie wurde für 2030 ein Potenzial von 6.600 MW oder 24% des Stromverbrauchs prognostiziert. Ob dieses Potenzial tatsächlich ausgeschöpft werden kann, liegt ausschließlich an den politischen Rahmenbedingungen.

Hans Winkelmeier, Geschäftsführer
Verein Energiewerkstatt



Stromerzeugung mit heimischen Ressourcen

In Oberösterreich gibt es gute Windstandorte, die für eine dezentrale Stromversorgung genutzt werden könnten. Wir haben in unserem Bundesland viele Industriebetriebe, die viel Strom brauchen. Statt Strom aus Kohle- und Atomkraftwerken aus unseren Nachbarländern zu importieren, sollten wir unsere Möglichkeiten nutzen, ihn mit unseren eigenen heimischen Ressourcen selber zu erzeugen. Das würde den Wirtschaftsstandort Oberösterreich stärken, die nachhaltige Energieversorgung sichern und unseren Kindern eine saubere Energiezukunft bieten.

Andreas Reichl, Geschäftsführer
Sternwind GmbH



Windräder als Teil der Landschaft

Als Weinviertlerin sehe ich die Windenergie als Ergänzung zu dem, was Landschaft ist. Der Mensch verändert die Natur, verbraucht Energie, also muss diese Energie erzeugt werden – und das so umweltfreundlich wie möglich. Windenergie ist hier ein wichtiger Teil davon. Ich freue mich persönlich daran, wenn ich die Windräder sehe und mir denke: Spitze, da entsteht mein Strom.

Eva Rossmann, Autorin



Klimaschutz ernst nehmen

Neue Ziele erfordern eine klare Energiestrategie.

Mit der Ratifizierung des Klimaschutzabkommens von Paris hat der Staat Österreich sich verpflichtet, seinen Beitrag zur Verringerung der weltweiten Treibhausgas-Emissionen zu leisten. Das bedeutet im Klartext aber, dass die bisher als Maßstab angelegten EU-Klimaschutzziele für 2030 nicht mehr genügen und ab sofort Verpflichtungen aus dem Abkommen von Paris höhere Wertigkeit haben als die Vorgaben aus Brüssel. Eine weitere unumgängliche Konsequenz ist, dass Österreich sich rasch aus der fossil-atomaren Abhängigkeit befreien und den Umbau des Energiesystems auf erneuerbare Energien zügig durchführen muss.

Umstieg auf Erneuerbare

Tatsache ist, dass die bisher in Österreich gesetzten Maßnahmen zu keiner Reduktion der Treibhausgas-Emissionen geführt haben. Die inländischen THG-Emissionen lagen 2015 mit rund 79 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent auf dem gleichen Niveau wie 1990. Um die weltweite Erwärmung bis 2100 unter den Limits von 2 °C resp. 1,5 °C zu halten, muss Österreich folgenden Beitrag liefern: um unter dem 2 °C Limit zu bleiben, muss der THG-Ausstoß jährlich um 3 Millionen Tonnen zurückgehen und 2030 bei etwa 32 Millionen Tonnen liegen; um unter dem 1,5°C Limit zu bleiben, muss der THG-Ausstoß jährlich um 4 Millionen Tonnen zurückgehen und 2030 bei etwa 21 Millionen Tonnen liegen (siehe Grafik).

Wer nun allerdings glaubt, Österreich werde den eingegangenen Verpflichtungen rasch konkrete und verbindliche Taten folgen lassen, der irrt. Im Mai 2016 haben die Ministerien für Wirtschaft, Soziales, Landwirtschaft und Verkehr ein Grünbuch für eine inte-

grierte Klima- und Energiestrategie vorgelegt, das aufgrund der aufgeworfenen Fragen bei den meisten Beteiligten lediglich verständnisloses Kopfschütteln ausgelöst hat. In vielen Passagen vermittelt das Grünbuch den Eindruck, das Pariser sowie andere Abkommen seien keine verbindlichen Vereinbarungen und schon gar keine völkerrechtlichen Verträge, so als stehe es Österreich frei, zwischen verschiedenen Optionen zu wählen. Das geht aber an der rechtsstaatlichen wie auch energiepolitischen Realität haarscharf vorbei. Eine tatsächliche Strategie, mögliche Maßnahmen und damit verbundene Optionen für eine drastische Senkung der THG-Emissionen fehlen in dem Papier völlig, ebenso konkrete und verbindliche Ziele, die einen planbaren Horizont für Wirtschaft, Politik und Bevölkerung vorgeben würden.

Eine Klima- und Energiestrategie, die diesen Namen verdient, muss daher einen konkreten Plan für den Umstieg

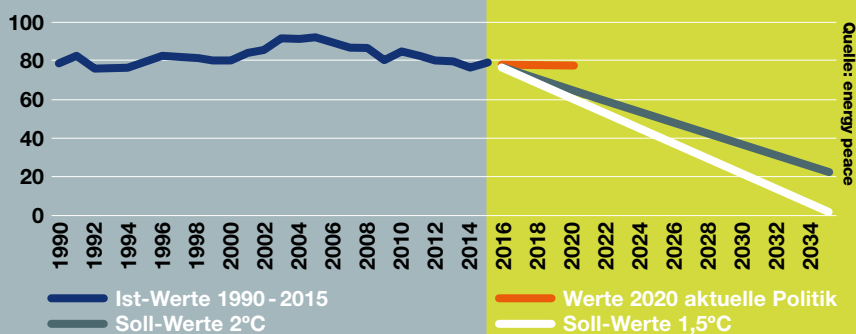
auf erneuerbare Energien und für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern entwerfen, muss also den notwendigen Umbau des Energiesystems aktiv antreiben. Dazu gehören selbstverständlich auch Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz. Klar ist aber auch: Eine solche Umstellung kann nur gelin-

gen, wenn sie von einer ökologischen Steuerreform flankiert wird, die unter anderem eine CO₂-Abgabe einführt, wie das schon in vielen Ländern erfolgreich umgesetzt wurde.

Mit einem jährlichen Erzeugungspotenzial von 5,7 TWh Strom vermeiden Österreichs Windkraftwerke so viel CO₂, wie 1,5 Millionen Autos jährlich ausstoßen – das sind mehr als 30% aller österreichischen PKW. Sollte bis 2030 das vorhandene Potenzial von 17,7 GWh Windstrom ausgeschöpft werden, würde die CO₂-Einsparung dann fast so viel ausmachen, wie alle PKW zusammen emittieren. ●



Treibhausgas-Emissionen in Österreich in Mt CO₂e



Die THG-Emissionen in Österreich waren 2015 gleich hoch wie 1990; um unter dem 1,5°C Limit des Pariser Abkommens zu bleiben, muss der THG-Ausstoß jährlich um 4 Mio. Tonnen zurückgehen und 2030 bei etwa 21 Mio. Tonnen liegen.

Wachsende Abhängigkeit

Österreich muss 16,5% seines Stroms importieren, benachteiligt aber heimische Erzeuger.



Bis zum Jahr 2000 war Österreich netto gerechnet ein Stromexportland. Seit 2001 holen wir jährlich mehr Strom ins Land, als wir hinaus schicken – wir sind zum Stromimporteuer mutiert. Wir importieren immer mehr und mehr Strom, anstatt ihn mit unseren heimischen – am besten erneuerbaren – Ressourcen selber zu erzeugen. Über die Jahre sind die Nettostromimporte stetig gestiegen und haben 2015 mit einem Anteil von 16,5% des Stromverbrauchs einen neuen unerwünschten Höchstwert der Abhängigkeit von ausländischen Erzeugern erreicht.

Gravierende Nachteile

Für die 10 Milliarden Kilowattstunden Importstrom musste Österreich allein im Jahr 2015 rund 300 Millionen Euro zahlen, womit auch Wertschöpfung und Arbeitsplätze ins Ausland abwandern. Volkswirtschaftlich gerechnet wäre es wesentlich sinnvoller, dieses Geld im Inland in den Ausbau erneuerbarer Energien zu investieren und damit langfristig nutzbare eigene Stromerzeugungskapazitäten zu schaffen.

Doch nicht nur, dass die importierten Strommengen immer mehr werden, auch die Umweltbilanz des heimischen Stromverbrauchs wird damit immer

schlechter. Denn dieser Importstrom kommt zum Großteil aus deutschen und tschechischen Kohle- und Atomkraftwerken und verursacht bilanziell rund 3,5 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen, was klarerweise Österreichs CO₂-Bilanz erheblich verschlechtert. Ein Faktum, das IGW-Geschäftsführer Stefan Moidl nachdrücklich kritisiert: „Wir müssen das immer wieder betonen: Je mehr sauberer Strom in Österreich erzeugt wird, desto weniger schmutzigen Strom müssen wir importieren.“

Verschärfend kommt dazu, dass heimische Stromerzeuger mit Kosten belastet werden, die Importstrom nicht tragen muss, und dadurch gravierende Wettbewerbsnachteile haben. So gibt es die in Europa nahezu einzigartige Regelung, dass Stromerzeuger einen Teil des Netzverlustentgelts und das Systemdienstleistungsentgelt zahlen müssen – in keinem anderen Nachbarland ist das der Fall.

Diese Entgelte werden für die Verluste beim Stromtransport und für den Ausgleich von Lastschwankungen verrechnet. In Österreich erzeugter Strom, der durch österreichische Netze geleitet wird, muss dafür also eine Art Strom-

maut zahlen; ausländischer Strom, der in österreichische Stromnetze eingeleitet wird, muss dafür überhaupt nichts zahlen – und musste auch in seinem Heimatland nichts für die Netznutzung zahlen. Auf diese Weise wird die heimische Stromerzeugung gegenüber Importstrom eklatant benachteiligt, wofür jegliche sachliche Begründung fehlt.

Und noch eine weitere Ungleichbehandlung ist absolut unlogisch und völlig unakzeptabel: Stromimporteure müssen in Österreich keine einmaligen Kosten für den Ausbau und die Verstärkung des vorgelagerten Stromnetzes tragen, obwohl der hohe Importstromanteil diese Infrastruktur zunehmend belastet. Auch im Herkunftsland fallen für Importstrom keine derartigen Kosten an. Heimische Windstromerzeuger dagegen werden kräftig zur Kasse gebeten. Zwar wurden für den Windkraftausbau Stromleitungen erneuert und Kapazitäten erweitert, die Kosten von gut 350 Millionen Euro mussten allerdings die Betreiber selbst bezahlen – und müssen anschließend für die Nutzung dieser Netze noch zusätzlich Entgelt zahlen. ●



Nettostromimporte Österreichs



Nicht erwünschter Rekord: Noch nie war die Abhängigkeit Österreichs von Stromimporten so hoch wie 2015.

Strommaut nur für heimische Erzeuger

Heimische Stromerzeuger müssen für die Netznutzung teure Entgelte zahlen.



Kohle- und Atomstrom aus Deutschland und Tschechien muss diese Entgelte nicht zahlen.





Kein Geld mehr für Atomstrom

Erneuerbare Energien sind nachweislich billiger.

In Österreich sind Stromlieferanten gesetzlich verpflichtet, für ihren Strom Herkunftsnachweise beizubringen. Der aktuelle Stromkennzeichnungsbericht der E-Control weist aus, dass 2015 rund 65% des in Österreich verbrauchten Stroms auch hier erzeugt wurden, für 35% wurden ausländische Stromzertifikate vorgelegt. Strom hat nun angeblich durchgehend ein „Mascherl“, also eine Information über seine Herkunft. Es darf aber nicht übersehen werden, dass dieses Mascherl nur allzu oft eine Mogelpackung ziert. Von den 35% ausländischen Stromzertifikaten waren 27% norwegische und schwedische Wasserkraftzertifikate. Das zeigt, dass es sich nur um eine Etikettierung handelt, denn realer Strom fließt vom hohen Norden keiner nach Österreich.

Heißes Thema Atomstrom

Wenn die E-Control veröffentlicht, dass für 100% des österreichischen Stroms Herkunftsnachweise vorliegen, vermehren bedingt informierte Medien, Österreich sei jetzt atomstromfrei. Nun ist es aber so, dass in der EU Stromzertifikate getrennt vom Stromverkauf handelbar sind. Es ist also möglich,

saubere Wasserkraftzertifikate zu kaufen und damit schmutzigen Kohlestrom oder strahlenden Atomstrom umzuetikettieren und so dem Strom ein grünes Mascherl zu verpassen. Und weil so ein Herkunftsnachweis lediglich 0,0045 Cent/kWh kostet, fällt das beim Strompreis überhaupt nicht ins Gewicht. Für IGW-Chef Moidl ist diese Kennzeichnung daher mehr als irreführend:

„Es ist bezeichnend, dass in der Liste der ausländischen Herkunftsnachweise unser Nachbarland Tschechien, aus dem wir den meisten Importstrom beziehen, überhaupt nicht aufscheint.“

Geht man davon aus, dass sich hinter den 35% ausländischen Wasserkraftzertifikaten Kohle- und Atomstrom versteckt und rechnet man mit dem durchschnittlichen Atomstromanteil in Europa (ohne erneuerbare Energien) von 37,5%, ergibt sich ein Atomstromanteil von 13% am österreichischen Stromverbrauch.

Generell ist Atomstrom in Europa ein heißes und heikles Thema. Zwar will die EU-Kommission staatliche Beihilfen für erneuerbare Energien strengen Regeln unterwerfen, gleichzeitig ist sie aber bereit, enorme staatliche Subventionen für das britische AKW Hinkley Point C zu genehmigen. Einspeisetarife für Ökostrom verbieten und genau solche dann für Atomkraftwerke – noch dazu in exorbitant hohem Ausmaß – genehmigen, diese Art

politischer Lenkungsmaßnahmen hat offenkundig nichts mit der Schaffung fairer Marktbedingungen zu tun. Auch das Prozedere für den geplanten Bau eines neuen Atomreaktors am ungarischen AKW-Standort Paks widerspricht eklatant geltendem EU-Recht.

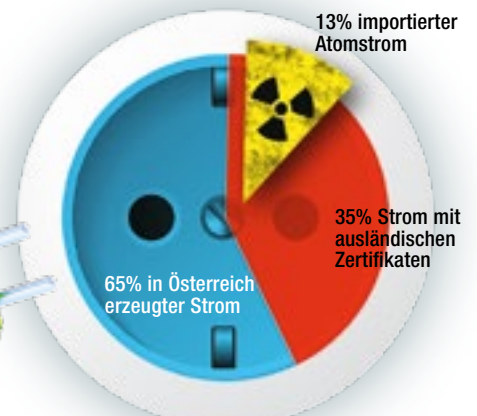
2015 hat die Wiener Umweltschutzrechtsanwaltschaft eine Studie vorgelegt, die die unterschiedlichen Effekte von

Förderungen für erneuerbare Energien und Atomenergie miteinander vergleicht. Das Ergebnis ist mehr als eindeutig: Im EU-Schnitt könnten durch den Einsatz von erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung gegenüber der

Atomenergie Förderkosten von 37% eingespart werden. Stromerzeugung ist mit erneuerbaren Energien also deutlich wirtschaftlicher zu bewerkstelligen als mit Atomenergie. Das sieht auch der britische Rechnungshof so, der angemerkt hat, dass mit dem Investitionsvolumen für den geplanten Atomreaktor Hinkley Point C die gesamte Windkraftleistung in Europa auf einen Schlag verdoppelt werden könnte. ●



Mit dem Investitionsvolumen des AKW Hinkley Point C könnte ein Vielfaches an Windstromleistung errichtet werden.



Nimmt man den EU-Strommix als Basis, importiert Österreich rechnerisch noch immer 13% gefährlichen Atomstrom.

Stimmen aus der Politik und zur Windenergie



Jörg Leichtfried
Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

Bei umweltfreundlichen Energietechnologien ist Österreich schon heute internationaler Top-Player. Unsere Windenergie-Branche verbuchte zuletzt 1,1 Milliarden Euro Umsatz. Diesen Innovationsstandort gilt es weiter auszubauen. Die Energiewende bedeutet, alle Österreicherinnen und Österreicher mit sicherer, sauberer und leistbarer Energie zu versorgen. Die Windkraft ist hier ein wesentlicher Träger. Daher fördern wir Österreichs Unternehmen in der Energieforschung, sichern und schaffen Arbeitsplätze und unterstützen ressourcenschonendes Wachstum.



Reinhold Mitterlehner
Vizekanzler und Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

Der Strommarkt befindet sich im Umbruch. Sinkende Energiepreise, die Verwerfungen am europäischen Markt und neue politische Weichenstellungen wie die Klimaziele der EU und des Pariser Abkommens erfordern neue Wege. Es geht darum, Österreichs Versorgungssicherheit auch in Zukunft zu wahren, erneuerbare Energien weiter auszubauen und zugleich leistbare Energie zur Verfügung zu stellen.



Stephan Pernkopf
Landesrat für Energie und Umwelt, Niederösterreich

Wir setzen mit 100% Strom aus erneuerbarer Energie auch ein klares Statement gegen die Atomkraft. Mit jedem zusätzlichen Prozent erneuerbarer Energie drängen wir die Atomkraft, Öl und Gas weiter zurück und erhöhen die Wertschöpfung im eigenen Land.



Franz Werdenich
Bürgermeister der Gemeinde Potzneusiedl

Es kann nicht sein, dass wir zuerst von Bund und Land animiert werden, Windparks im Gemeindegebiet zu genehmigen, und dann die Umsetzung an rechtlichen Rahmenbedingungen des Ökostromgesetzes scheitert.



Anton Lang
Landesrat für Verkehr, Umwelt und Erneuerbare Energien, Steiermark

Mit dem Sachprogramm Windenergie verfügt die Steiermark über ein Regionalprogramm für die Ausweisung von Vorrang- und Eignungszonen zur Windkraftnutzung unter Berücksichtigung raumplanerischer, ökologischer und energiepolitischer Rahmenbedingungen. Dieses Programm ist seit seiner Beschlussfassung im Jahr 2013 wegweisend für eine verantwortungsvolle Nutzung der vorhandenen Windkraftpotenziale und leistet einen ganz wesentlichen Beitrag zur Erfüllung unserer Klimaschutzziele. In Kombination mit einem funktionierenden Ökostromgesetz könnten damit bis 2020 rund 300 MW steirische Windkraftleistung am Netz sein. Wir werden diesen erfolgreichen Weg in der Steiermark auch künftig weitergehen.

zum Ökostrom



Christian Illedits
Präsident des Burgenländischen Landtags

Durch eine kleine Novelle des Ökostromgesetzes könnte man eine Ausbauoffensive bei Windkraft, Photovoltaik und Kleinwasserkraft auslösen. Auf weitere Sicht braucht es dann ein neues Ökostromgesetz. Das heißt, dass nach einer kleinen Novelle ein langfristiges Gesamtenergiekonzept, ein Energiemasterplan für Österreich erarbeitet werden muss.



Andrä Rupprechter
Bundesminister für Land-, Forst-, Umwelt und Wasserwirtschaft

Jetzt müssen wir das Klimaschutzabkommen von Paris mit Leben erfüllen. Die Reduktion der CO₂-Emissionen lässt sich langfristig nur durch die Energiewende erreichen. Das bedeutet, dass wir den Ausbau erneuerbarer Energien sowie Energieeffizienz und Energiesparen noch mehr forcieren müssen. Diese Ziele sollen mit einem Energiewendevertrag im EU-Recht verankert werden.



Hans Niessl
Landeshauptmann Burgenland

Das Burgenland hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Öko-Modellregion entwickelt. Seit 2013 ist das Land durch den Ausbau der Windkraft rechnerisch stromautark, mittlerweile erzeugen wir um rund 40% mehr sauberen Strom als hierzulande verbraucht wird. Da sich aber die Rahmenbedingungen für den Energiemarkt stark verändert haben, sieht das Burgenland akuten Reformbedarf für das Ökostromgesetz. Das ist die Voraussetzung für weitere Investitionen in die Windkraft, in Green Jobs und in den Klimaschutz.



Matthias Stadler
Bürgermeister der Stadt St. Pölten
Im Energieleitbild der Landeshauptstadt St. Pölten ist der Ausbau erneuerbarer Energien festgeschrieben. Im Stadtgebiet stehen 19 Windräder, mehr als in jeder anderen Landeshauptstadt. St. Pölten kann daher getrost als Windhauptstadt Österreichs bezeichnet werden. Wir produzieren mehr als 100% unseres Haushaltsstrombedarfs selbst und sind damit Ökostrom-Selbstversorger. Voraussetzung für die Fortsetzung dieses Erfolgsmodells sind aber vernünftige, marktkonforme gesetzliche Regelungen und Förderungen.



Karl Wilfing
Landesrat für Jugend, Landeskliniken und öffentlichen Verkehr, Niederösterreich

Niederösterreich hat bereits sehr früh die Chancen sauberer, umweltfreundlicher Energiegewinnung erkannt. Daher hat die Landesregierung bereits 2011 den „NÖ Energiefahrplan 2030“ beschlossen, der ein energieautarkes Niederösterreich vorsieht. Seit damals ist viel passiert – beispielsweise sind wir unangefochten Nummer 1 bei der Windkraft und wollen diese in den Erlaubniszonen weiter ausbauen. Dazu braucht es natürlich auch die entsprechenden Rahmenbedingungen, die wir seitens des Landes geschaffen haben. Aber auch der Bund muss hier seine Aufgaben erledigen und die rechtliche Basis legen, damit die Windkraft als saubere Energieform weiter forciert werden kann.



Herbert Mihaly
Bürgermeister der Gemeinde Au am Leithagebirge

In unserer Gemeinde haben wir viel und intensiv über das Windkraftprojekt diskutiert. Wir hatten viele, auch hitzige Diskussionen, Infoveranstaltungen und eine Volksbefragung, bei der sich über 80% der Menschen für die Windkraft ausgesprochen haben. Ich kann ihnen jetzt aber nur schwer erklären, warum ein Projekt, das alle notwendigen Genehmigungen hat und von einer so großen Mehrheit getragen wird, aufgrund schlechter rechtlicher Rahmenbedingungen auf Jahre hinaus verzögert werden soll.

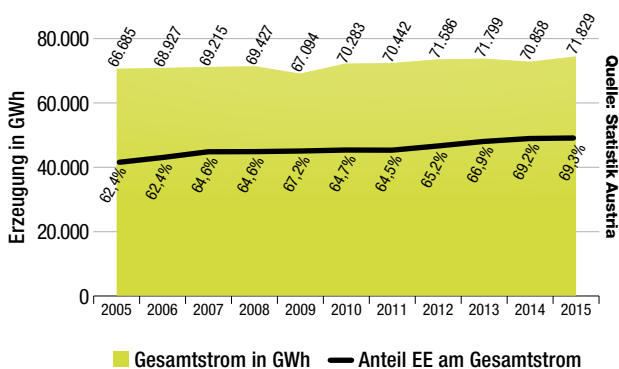
Ökostrom-Land

Österreich ist nicht nur das „Land am Strome“, sondern auch das Land am Ökostrom. Rund 70% des gesamten Stromverbrauchs liefern hierzulande erneuerbare Energien. Wobei natürlich der Großteil – nämlich rund 53% – aus den Lauf- und Speicherkraftwerken der Großwasserkraft kommt. Rund 17% macht Strom aus Windenergie, Biomasse, Kleinwasserkraft, Biogas, Photovoltaik und anderen Erneuerbaren aus, mehr als die Hälfte davon ist Windstrom. Mit seiner breiten Palette an erneuerbaren Energien hat Österreich hervorragende Möglichkeiten, das von der Regierung angestrebte Ziel zu erreichen, allen Strom bis 2030 mit Erneuerbaren zu erzeugen.

Vorhandene Ressourcen nutzen

Aber obwohl der Stromverbrauch seit Jahren gleich bleibt, konnte der Anteil der erneuerbaren Energien nur langsam erhöht werden, da ihre Ausbaugeschwindigkeit nicht überproportional gesteigert werden konnte. Die Ressourcen sind da, sie müssen nur genutzt werden – oder vielmehr: genutzt werden können. Eine große Potenzialstudie des Vereins Energiewerkstatt zeigt, dass bis 2030 allein Windstrom 24% des Stromverbrauchs beisteuern kann. Die rechtliche Basis dafür muss ein umfassend reformiertes Ökostromgesetz liefern, das den Erneuerbaren den Weg ebnet, statt sie wie jetzt zu behindern. ●

Gesamtstromverbrauch in Österreich und Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien



Trotz gleichbleibendem Stromverbrauch konnte der Anteil der Erneuerbaren nur langsam erhöht werden.



Warum

Wertschöpfung

Die Errichtung einer einzigen modernen Windkraftanlage mit 3 MW Leistung bringt österreichischen Firmen ein Auftragsvolumen von 1,4 Millionen Euro. Eine Vielzahl von Unternehmen sind in diesen Prozess eingebunden: Technische Büros und Gutachter, Baugewerbe, Kabel- und Elektrofirmen, Transportgewerbe und Kranfirmen. Während der 20-jährigen Lebensdauer kommen dann noch rund 3,3 Millionen Euro für Wartung und Betrieb dazu. Insgesamt profitiert die österreichische Wirtschaft an jedem Windkraftwerk also mit rund 4,7 Millionen Euro. Der Bau von Windkraftwerken schafft Arbeitsplätze in einer Zukunftsbranche und bringt lokale und regionale Wertschöpfung. ●

Investitionen

Medial werden oft die angeblich so hohen Kosten der Ökostromförderung angeprangert, fast immer wird in der Darstellung aber „vergessen“, gleichzeitig den Nutzen der Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien herauszustellen. Im Jahr 2017 wird die gesamte Ökostromförderung in Österreich 788 Millionen Euro ausmachen. Im Gegenzug fließen aber über die gesamte Lebensdauer eines Windrades – also 20 Jahre lang – Steuern und Abgaben an öffentliche Haushalte zurück. Die Förderung der Windkraft ist sogar ein Geschäft für den Staat. Und was noch dazu kommt: Zwischen 2012 und 2015 haben heimische Unternehmen im Jahresdurchschnitt satte 550 Millionen Euro



KRAFT IN BEWEGUNG

Unser Fuhrpark ist kompromisslos auf die Anforderungen der Errichter und Betreiber von Windkraftanlagen ausgerichtet. Wir verfügen über spezielle Transportfahrzeuge wie beispielsweise sogenannte Telesteps und Windturmadapter für den Transport von Windflügeln beziehungsweise Turmsegmenten. Für unwegsames Gelände mit engen Kurvenradien haben wir auch einen sogenannten Bladelifter im Einsatz. Ebenso stehen zahlreiche Großkrane und die weltweit höchste Arbeitsbühne mit 103 Metern Arbeitshöhe für europaweite Einsätze zur Verfügung.



wir die Windkraft nutzen sollten

in den Ausbau der österreichischen Windkraft investiert. Kein anderer Industriezweig – außer die chemische Industrie – konnte auch nur annähernd ein so hohes Investitionsniveau vorweisen. Derzeit stecken 230 fertig genehmigte Windkraftanlagen wegen geänderten Marktbedingungen in einer Warteschlange bei der Ökostromabwicklungsstelle OeMAG fest und können nicht gebaut werden. Durch den Einsatz verhältnismäßig geringer zusätzlicher Fördermittel könnten innerhalb kürzester Zeit Investitionen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro ausgelöst werden. ●

Unabhängigkeit

2015 haben die Stromimporte nach Österreich einen weiteren unrühmlichen Höhepunkt erreicht: Mit 10 Milliarden Kilowattstunden kletterten sie auf den Rekordwert von 16,5% des gesamten Stromverbrauchs. Anders ausgedrückt: Zu 16,5% ist die Stromversorgung Österreichs von ausländischen Erzeugern abhängig. Das bedeutet natürlich auch: Die rund 300 Millionen Euro, die für diesen importierten Strom bezahlt werden mussten, sind verlorene Einmalausgaben. Mit diesem Geld hätten im Inland Investitionen in langfristig nutzbare Stromerzeugungseinheiten finanziert werden können, aber so ist das Geld nun auf Nimmerwiedersehen ins Ausland abgeflossen und hat dort zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung beigetragen. Mit erneuerbaren und noch dazu kostenlosen Rohstoffen wie Wind und Sonne kann Österreich seinen Strom selber erzeugen und seine Stromversorgung auf lange Sicht von Importstrom unabhängig machen. ●



Industriekatalog 2016 liegt auf

In Kooperation mit dem bmvit und dem Klima- und Energiefonds hat die IG Windkraft den Katalog „Windenergie – Industrie in Österreich“ 2016 aufgelegt. Darin finden Sie Beiträge zur Transformation der Energiewirtschaft und Porträts von mehr als 20 österreichischen Firmen mit Bezug zur Windindustrie. Bestellungen an: igw@igwindkraft.at ●



**energie
BURGENLAND**
WINDKRAFT



Reine Energie. Mit der Kraft des Windes.

Wir produzieren
100% Ökostrom

Wirtschaftsmotor

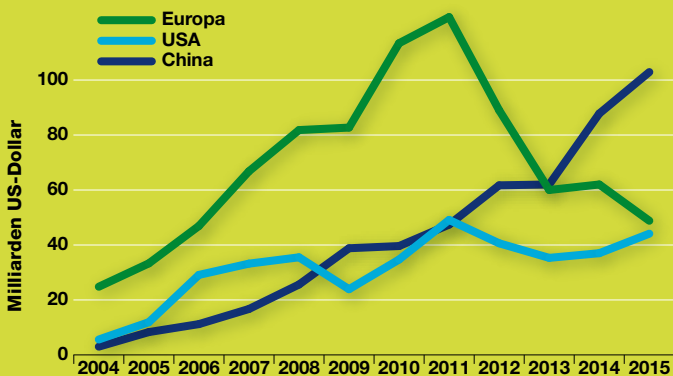
Die Stromerzeugung mit Windkraft in Österreich ist zu einem aufstrebenden Industriezweig und starken Motor für die heimische Wirtschaft geworden. Allein in den letzten vier Jahren flossen Investitionen in Höhe von 2,2 Milliarden Euro in die Errichtung neuer Windparks, von der Planung bis zur Errichtung profitiert davon eine Vielzahl österreichischer Firmen. Rund 170 österreichische Unternehmen sind als Zulieferer und Dienstleister auf dem rasch wachsenden weltweiten Windenergiemarkt tätig. Angesichts des weltweiten Trends zu erneuerbaren Energien bieten sie derzeit rund 5.500 Beschäftigten einen nachhaltigen Arbeitsplatz im Hochtechnologiebereich. In jedem zweiten Windkraftwerk steckt heute Technologie aus Österreich, manche Unternehmen sind in ihrem Segment Weltmarktführer. Die exportorientierte heimische Zulieferindustrie erzielt jährlich einen Umsatz von mehr als 750 Millionen Euro, die Exportquote dieses wachsenden Industriesektors liegt bei rund 70%. Inklusive der Windparkbetreiber erreicht der Sektor Windenergie mehr als eine Milliarde Jahresumsatz. ●



Marktführerschaft

Automatisierungslösungen zur Steuerung und Regelung in über 90.000 Windkraftwerken weltweit machen das Vorarlberger Unternehmen Bachmann electronic in diesem Segment zum Weltmarktführer. Im steirischen Weiz hat sich ein Elektrotechnik-Cluster gebildet, von dem aus Exporte in alle Welt gehen. Das dortige Siemens-Transformatorwerk beliefert innerhalb des Unternehmens exklusiv Onshore- und Offshore-Windkraftprojekte weltweit. Die gesamte Wertschöpfungskette umfasst 900 weitere Unternehmen in ganz Österreich. Als einer der führenden Hersteller von Generatoren für Windkraftanlagen beliefert die steirische ELIN Motoren von Weiz aus den Weltmarkt. Zentrum der heimischen Zulieferindustrie ist Oberösterreich. In jedem zweiten Windrad weltweit arbeitet eine Bremse der Laakirchner Miba. SKF ist ein führender Hersteller von Wälzlagern, die Entwicklung findet vor allem in Steyr statt. Von der voestalpine kommen qualitativ hochwertige Bleche für die Türme und Stahl für Getriebekomponenten von Windkraftanlagen. Auch im Bereich der Planung von Windparkprojekten sind oberösterreichische Unternehmen tonangebend. Für einen Großteil der österreichischen Windparks hat die Munderfingener Energiewerkstatt Consulting die Planung und das Baumanagement abgewickelt. Der in Friedburg ansässige Verein Energiewerkstatt ist europaweit für seine Forschungsprojekte bekannt. ●

Investitionen in erneuerbare Energien



Quelle: Bloomberg New Energy Finance

Besorgnis erregende Entwicklung: Seit 2011 gehen in der EU Investitionen in erneuerbare Energien stark zurück, China zieht vorne weg, und auch die USA sind bereits in der Überholspur.

EU-Investitionen in erneuerbare Energien dramatisch gefallen

Lange Zeit war die Europa der Motor des internationalen Klimaschutzes. Eine Dekade lang investierten die EU-Staaten intensiv in Technologien der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz und waren damit weltweit führend. Aber nach dem Rekordjahr 2011 sind die Investitionen dramatisch gefallen. Mittlerweile marschiert China vorne weg, und auch die USA sind bereits in der Überholspur. Europa sollte sich auf seine alten Tugenden besinnen: Ambitionierter Klimaschutz ist ein wichtiger Anreiz, um in innovative Technologien zu investieren – Investitionen, die sich langfristig bezahlt machen. ●

Alle zusammen

Systemumbau mit Sektorkopplung.



Der Dachverband Erneuerbare Energie Österreich (EEÖ) nennt Eckpunkte einer künftigen Energiestrategie:

- Aufkommensneutrale Steuerreform mit schrittweiser Einführung einer CO₂-Besteuerung
- Abbau umweltschädlicher Subventionen und Kostenwahrheit
- Kostendeckende Vergütung für Ökostromanlagen (solange fossile und atomare Energien ihre externen Kosten nicht eingepreist haben)
- Steigerung der Gebäudesanierung zur Verringerung des Wärmebedarfs
- Umstellung des Verkehrs auf erneuerbare Energien und Steigerung des Anteils des öffentlichen Verkehrs

Die EEÖ schlägt vor, bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energien auf 60% zu steigern, den Endenergieverbrauch auf 940 PJ zu verringern und die CO₂-Emissionen um 60% zu reduzieren. „Wir müssen uns aus der Abhängigkeit von fossilen Energien befreien, den Energiebedarf senken und erneuerbare Energien ausbauen“, sagt EEÖ-Präsident Peter Püspök. „Dafür verlangen wir eine ambitionierte Energiestrategie.“

Entscheidend für diesen Umbau ist die Koppelung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr zu einem gemeinsamen System. Nur durch die gekoppelte Nutzung aller Sektoren und durch eine systemische Betrachtung kann

das Gesamtpotenzial bestmöglich erschlossen werden. Unabdingbare Maßnahmen sind ein rascher Ausstieg aus der Kohleverstromung, ein Verbot für Verbrennungsmotoren, eine effiziente Wärmesaniierung von Gebäuden und der Ausbau der erneuerbaren Energien.

Für EEÖ-Präsident Püspök ist klar: „Österreich hat die besten Voraussetzungen, den Anteil erneuerbarer Energien weiter zu steigern, ein Musterland in Europa beim Klimaschutz zu werden und gleichzeitig die Wirtschaft zu stärken. Wenn wir die richtigen Instrumente einsetzen, wird die Energiestrategie sogar zu einem Konjunkturmotor für die österreichische Wirtschaft werden.“ ●



Österreich will Windenergie

Zustimmung für Windkraft so hoch wie noch nie.

Obwohl die Windenergie schon in den vergangenen Jahren einen sehr hohen Zuspruch verzeichnen konnte, erreichte die Zustimmung aus der Bevölkerung jetzt einen neuen Höchstwert. Das zeigen die Ergebnisse einer ganz aktuellen, im Sommer 2016 durchgeführten Meinungsumfrage. 81% der Befragten wollen den verstärkten Ausbau der Windkraft, um die Stromversorgung in Österreich zu sichern. Die Menschen in diesem Land wollen eine Zukunft mit erneuerbaren Energien, sie wollen keine fossilen Kraftwerke und schon gar keine Atomkraftwerke.

In Ostösterreich stehen über 90% aller österreichischen Windräder. Und gerade in dieser Region ist die Zustimmung für einen zukünftigen Ausbau der Windkraft mit 85% sogar noch höher als im landesweiten Durchschnitt. 60% der Befragten erwarten durch den weiteren Ausbau der Windkraft keine

Änderung ihrer persönlichen Lebensqualität. 25% gehen davon aus, dass sich ihre Lebensqualität sogar verbessern wird, unter den unmittelbaren AnrainerInnen von Windparks steigt dieser Wert beachtlicherweise sogar auf 29%.

Während die Politik noch langsam an der dringend notwendigen kleinen Ökostromnovelle herumschraubt,

während die Erarbeitung einer vernünftigen Klima- und Energiestrategie vorerst plan- und ziellos dahintaumelt, weiß die Bevölkerung längst, wo's lang geht. Über 90% der Menschen wollen, dass die Politik die gesetzlichen Rahmenbedingungen schafft, um in Österreich eine Stromversorgung mit 100% erneuerbaren Energien zu erreichen. ●

Meinungsumfrage 2016

Welche Kraftwerke sollten in Österreich in Zukunft gebaut werden, um die Stromversorgung zu sichern?



Quelle: Jaksch und Partner

Die Kraftplätze der Windenergie

Drei Bundesländer verfügen über 98% der österreichischen Windkraftleistung.



Das Burgenland ist eine Vorzeigeregion für den Ausbau der Windkraft. Noch vor wenigen Jahren musste der gesamte Strom importiert werden. 2006 wurde im Landtag beschlossen, voll auf Windenergie zu setzen. 2013 konnte dann erstmals mehr Windstrom erzeugt werden, als das ganze Bundesland insgesamt an Strom verbraucht, und 2015 waren es bereits 140%.

Michael Gerbavits, Vorstandsvorsitzender der Energie Burgenland, resümiert: „War das Burgenland vor 20 Jahren noch klassischer Stromimporteur mit einer Eigenproduktionsquote von nur ein paar Prozent des Verbrauchs, so hat sich das Blatt ab 1997 rasch und nachhaltig geändert. Seit 2013 ist unser Bundesland sogar rechnerisch stromautark – mithilfe der Windkraft genießen wir heute 100% Ökostrom. Und darauf wollen wir auch in Zukunft setzen.“

Gerbavits mahnt aber auch: „Die momentanen Rahmenbedingungen der Elektrizitätswirtschaft mit dem Strompreis auf Talfahrt verlangen neue Regelungen. Wir brauchen die notwendigen

„Wir brauchen die notwendigen politischen Rahmenbedingungen, ein klares Commitment zur Ökoenergieproduktion im Land und Rechtssicherheit für unsere Projekte.“

Michael Gerbavits, Vorstandsvorsitzender Energie Burgenland

politischen Rahmenbedingungen, ein klares Commitment zur Ökoenergieproduktion im Land und Rechtssicherheit für unsere Projekte.“

Pionier der Stromerzeugung mit Windenergie war aber Niederösterreich. Schon 1994 wurde in Wagram an der

Donau das erste Windrad aufgestellt. Legendär die Geschichten, als Maibäume nicht zu Brennholz zerkleinert, sondern mit Anemometer bestückt als Windmessstationen auf den umliegenden Hügeln wieder aufgestellt wurden.

Von Anfang an wurde die Entwicklung dieser neuen Stromquelle von der Bevölkerung tatkräftig unterstützt. Nirgendwo in Österreich sind so viele Menschen direkt an der Windenergie beteiligt – 60% aller NÖ-Windkraftanlagen sind in privater Hand. Ohne diese massive Bürgerbeteiligung hätte es den Windstrom-Aufschwung nicht in dieser Form gegeben. In Niederösterreich sitzen daher auch jene Windpark-Betreiber mit der größten Anzahl an privaten Gesellschaftern: die Waldviertler WEB Windenergie AG mit rund 3.700 Aktionären und die Windkraft Simonsfeld AG mit rund 1.700 Aktionären.

Green Jobs in der Region

Frank Dumeier, Vorstand der WEB Windenergie AG, streicht aber auch die Bedeutung als regionaler Arbeitgeber hervor: „Mit dem Aufschwung der Windenergie in Österreich ist die W.E.B mitgewachsen. Heute sind wir einer der größten Arbeitgeber im nördlichen Waldviertel. Eine vernünftige Reform des Ökostromgesetzes fördert also nicht nur saubere Energie, sondern auch Arbeitsplätze abseits der Ballungszentren. Damit könnten politische Entscheidungsträger also gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.“

2011 hat der NÖ-Landtag den „NÖ Energiefahrplan 2030“ beschlossen. Darin heißt es: „Unser Land ist in weiten Teilen mit hervorragenden

Österreichs Windkraft Ende 2016

Gesamt
1.194 Anlagen
2.636,2 MW

Oberösterreich
30 Anlagen
47,4 MW

Niederösterreich
656 Anlagen
1.415,9 MW

Wien
9 Anlagen
7,4 MW

Burgenland
417 Anlagen
997,5 MW

Steiermark
81 Anlagen
167,6 MW

Kärnten
1 Anlage
0,5 MW

Quelle: IGW (Prognose)



Windverhältnissen gesegnet. Mit keiner anderen Technologie lässt sich in den nächsten Jahren die Stromerzeugung in so hohem Ausmaß und zu so günstigen Kosten ausbauen. Das Land wird diese Ressource mit hoher Priorität nutzen und den Ausbau mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.“

Mehr als die Hälfte der gesamten österreichischen Windkraftleistung ist heute in Niederösterreich daheim. Ende 2015 konnte das Bundesland bereits 100% seines Stromverbrauchs mit erneuerbaren Energien erzeugen, wozu auch die Windkraft viel beigetragen hat, die 2016 dann schon 32% lieferte.

Weiterer Ausbau notwendig

Auch wenn Niederösterreich und Burgenland jeweils wesentlich mehr Strom erzeugen, als sie selbst verbrauchen, so weist die gesamte Ostregion (Wien miteinbezogen) doch erst einen Anteil von 66% Strom aus erneuerbaren Energien auf. Da auf Wiener Stadtgebiet nur sehr spärlich Flächen für Windparks zur Verfügung stehen, haben die beiden Nachbarbundesländer die Chance, eine Versorgungsfunktion zu übernehmen und ihren Stromüberschuss an die Bundeshauptstadt zu verkaufen. Der weitere Ausbau in der Ostregion ist daher auch aus wirtschaftlicher Sicht absolut sinnvoll.

Dieser Ausbau ist – wie schon mehrfach erwähnt – ins Stocken geraten, weil mit dem gleichbleibenden Unterstützungsvolumen der OeMAG für Windkraft wegen extrem gestiegener Kostenfaktoren immer weniger Windräder gefördert werden können. Mit fertig genehmigten baureifen Projekten

müssen die Betreiber ohnmächtig stillhalten und auf die Einsicht der verantwortlichen (oder doch eher säumigen?) Politiker hoffen.

Georg Waldner, Geschäftsführer der evn-naturkraft, fehlt dafür jegliches Verständnis: „In den Genehmigungsverfahren steckt enorm viel Aufwand vonseiten der Gemeinden, Behörden und Betreiber. Diese bereits getätigten Investitionen brachliegen zu lassen, macht keinen Sinn. Die rechtsverbindliche Förderzusage sowie ein Abbau der Warteschlange für bereits bewilligte Windkraftprojekte wäre volkswirtschaftlich sinnvoll, würde einen Wachstumsimpuls für die österreichische Wirtschaft bringen und sollte daher rasch umgesetzt werden.“

Martin Steininger, Vorstand der Windkraft Simonsfeld AG, fordert ein umfassend wirtschaftliches Denken: „Wir haben über viele Jahre hier im Weinviertel ein Unternehmen aufge-

*„Die zögerlichen Politiker sollten endlich einmal den Nutzen des Windkraftausbaus durchrechnen, statt immer nur über die Kosten zu jammern. Es heißt ja nicht umsonst Kosten-Nutzen-Rechnung.“
Martin Steininger, Vorstand
Windkraft Simonsfeld AG*

baut, das heute rund 50 MitarbeiterInnen einen Arbeitsplatz in der Region bietet. Derzeit stecken 27 Anlagen, die wir durch einen jahrelangen und schwierigen Genehmigungsprozess gebracht haben, in der Warteschlange bei der OeMAG fest. Da geht es um ein

Investitionsvolumen von 150 Millionen Euro. Die zögerlichen Politiker sollten endlich einmal den Nutzen des Windkraftausbaus durchrechnen, statt immer nur über die Kosten zu jammern. Es heißt ja nicht umsonst Kosten-Nutzen-Rechnung.“

Hohes Potenzial vorhanden

Drittstärkstes Windbundesland ist die Steiermark. Als 2002 der Tauernwindpark Oberzeiring errichtet wurde, war er zu dieser Zeit der höchste Windpark in Europa. Seit der 2014 abgeschlossenen Erweiterung des Windparks Steinriegel liegt auch der größte alpine Windpark Europas in der Steiermark. Ende 2016 verfügt die grüne Mark über 167 MW Windkraftleistung, die in sorgsam Vorgangsweise ausgebaut wurde. 2013 hat die steirische Landesregierung ein neues Sachprogramm Windenergie beschlossen. Damit wurden weitere Möglichkeiten für den Windkraftausbau geschaffen, bis 2020 könnten knapp 300 MW Windkraftleistung sauberen Strom erzeugen. Das ist aber nur realistisch, wenn ein funktionierendes Ökostromgesetz die dafür notwendige Grundlage liefert.

An guten Standorten, den Kraftplätzen der Windenergie, mangelt es in Österreich nicht. Für den weiteren Ausbau ist hohes Potenzial vorhanden. Die Bevölkerung signalisiert mehrheitlich Zustimmung zu dieser sauberen Form der Energiegewinnung. Fehlt nur noch der politische Wille, die rundum vorteilbringende Technologie der Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien wie der Windkraft endlich auch engagiert und tatkräftig zu unterstützen. ●

IMPRESSUM & OFFENLEGUNG GEMÄSS § 25 MEDIENGESETZ

windenergie  Nr. 82a

Blattlinie: Informationen über Nutzen und Nutzung der Windenergie und anderer Formen erneuerbarer Energie

Medieninhaber und Herausgeber: Interessengemeinschaft Windkraft, Wienerstraße 19, A-3100 St. Pölten, Tel: 02742 / 21955, Fax: 02742 / 21955-5, E-Mail: igw@igwindkraft.at, Internet: www.igwindkraft.at

Erscheinungsort und Verlagspostamt: 3100 St. Pölten

Aufgabepostämter: 1150 Wien, 1000 Wien; P.b.b.

Redaktion: Mag. Gerhard Scholz, Mag. Stefan Moidl, Dr. Ursula Nährer, Ing. Lukas Pawek, Mag. Martin Fliegenschnee-Jaksch, Florian Maringer, Katharina Hochecker

Produktion: Mag. Gerhard Scholz

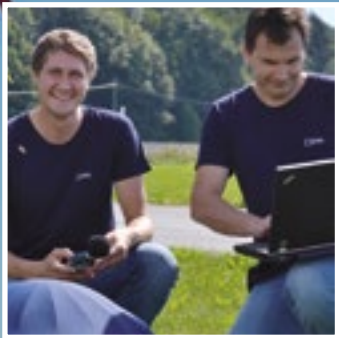
Art Direction: Levent Tarhan (atelier-lev.com)

Druck: Gugler GmbH, Melk, www.gugler.at
DVR: 075658 © IG Windkraft / Alle Rechte vorbehalten.

Hergestellt nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“. Gugler GmbH, UWNr. 609

Fotos: 1 Georg und Verena Popp | pedrosala/Fotolia 2 IGW 3 Bartussek/Fotolia 5 phyZick/Fotolia 6 IGW 8 CaraFoto | ChiccoDodiFC (beide Fotolia) 9 Georg und Verena Popp 10 Schmutzler-Schaub/Fotolia 11 Andrew Parker | Telcom-Photograph | Cherezoff (alle Fotolia) 12 Hardy/Fotolia 14-15 mimadeo/Fotolia 16 privat 17 Otte/Fotolia 18 JWS/Fotolia 19 aleciccotelli | lassedesignen | Thorsten Schier | electriceye | korinnox (alle Fotolia) 20-21 Copyright bei den Behörden 22-23 Wien Energie / FOTObyHOFER 24 ELIN Motoren | SKF 25 Petair/Fotolia | W.E.B 26-27 IGW | Barbara Dür | Klaus Rockenbauer | Nina Holler





Know-how ... für Ihren Windpark



Unser neues Dienstleistungsportfolio
für Ihre technische Betriebsführung



Efficient Wind power Solutions

[ews-consulting.at](https://www.ews-consulting.at)